

# SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 6 / Juni 2009 · Ausgabe Berlin / Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: [kontakt@sovde.de](mailto:kontakt@sovde.de)

## Für einen neuen Generationenvertrag

SoVD-Podiumsteilnehmer  
bei IG-Metall-Kongress

Seite 2

## Vereint für eine gemeinsame Bildung

Nationale Bildungskonferenz  
der BMAS in Berlin

Seite 3



Foto: awfoto/fotolia

## Europäisches Parlament als soziales Korrektiv

Wahlprüfsteine des SoVD  
zur Europawahl

Seite 5

## SoVD fordert Garantie ohne Nachholung von Kürzungen Rentenschutzklausel mit Haken

Mithilfe einer gesetzlichen Garantie will die Bundesregierung künftige Rentenkürzungen unterbinden. Eine entsprechende Schutzklausel, die zuvor von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz eingebracht worden war, wurde Anfang Mai im Bundeskabinett beschlossen. Die Änderung soll noch vor der Wahl in Kraft treten.

Die neue Rentenschutzklausel verhindert auf Dauer, dass die Bezüge der aktuell rund 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Zeiten der Konjunkturschwäche sinken.

Die Bundesregierung reagiert damit auf die vom Sozialverband Deutschland immer wieder vorgetragene Befürchtung, dass die Löhne im laufenden Jahr wegen der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Kurzarbeit sinken würden. Dies nämlich hätte laut bislang geltendem Recht – nach einer einmaligen Erhöhung von 2,4 Prozent – zu weiteren Rentenkürzungen geführt.

Die Renten schrumpfen künftig auch dann nicht, wenn die Löhne weiter einbrechen, an deren Entwicklung die Altersbezüge gekoppelt sind. Dies ist ein großer, kurzfristiger Erfolg, für welchen unter anderem der SoVD den Boden bereitet hat. Aber die Rentenschutzklausel hat einen Haken: Die ausgebliebenen Rentenkürzungen sollen ab 2011 mit möglichen Rentenerhöhungen der Zukunft verrechnet werden.

Insofern erkennt der Sozialverband Deutschland zwar an, dass die Bundesregierung mit der neuen Schutzklausel Rentenkürzungen verhindern will. Dies hat SoVD-



Foto: nerek / photocase

**Für Rentnerinnen und Rentner ist der Wertehalt ihrer Renten nach den tiefen Einschnitten der vergangenen Jahre von existentieller Bedeutung, da ihnen jede Möglichkeit fehlt, ihre finanzielle Situation nachträglich zu verbessern.**

Präsident Adolf Bauer in einem Brief an den Bundesarbeitsminister und in einer entsprechenden Presseerklärung deutlich gemacht. Gleichzeitig fordert der SoVD-Präsident jedoch mit Vehemenz, die Rentenschutzklausel so auszugestalten, dass jetzt verhinderte Kürzungen nicht zu einem späteren Zeitpunkt zum Nachteil der Betroffenen nachgeholt werden. Dazu müsse vor allem der Nachholfaktor abgeschafft werden, der ab 2011 greife, so der SoVD-Präsident.

Ansonsten zeichneten sich für die rund 20 Millionen Empfänger von Altersbezügen düstere Aussichten ab. „Es muss auf Jahre hinaus mit Nullrunden oder nur mit sehr geringen Rentenanpassungen gerechnet werden. Denn auch die rentenkürzende Wirkung des Riesenfaktors, der 2008 und 2009 ausgesetzt wurde, soll 2012 und 2013 nachgeholt werden“, prognostiziert Adolf Bauer. Weitere Einbußen seien jedoch für die Rentnerinnen und Rentner, die allein in den letzten fünf

Jahren Kaufkraftverluste von zehn Prozent hinnehmen mussten, nicht zu verkraften.

Auch in Politik und Wirtschaft wurde die Rentengarantie unterschiedlich aufgenommen. So findet das geplante Gesetz bei den Gewerkschaften zwar allgemeine Unterstützung; enthusiastische Reaktionen erntete die Schutzklausel jedoch nicht.

Ein Konzept für einen radikalen Kurswechsel in der Rentenpolitik

**Fortsetzung auf Seite II**

## Blickpunkt

Wir alle zahlen notgedrungen Steuern und würden nur zu gerne den Politikern glauben, die unregelmäßig eine Ent-



lastung versprechen. Aufgrund der Finanzkrise scheint diese jedoch in weite Ferne gerückt. Eine Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) kam nun sogar zu dem Ergebnis, dass Geringverdiener in Deutschland im europäischen Vergleich die höchste Abgabenlast tragen. Da unser Fiskus beispielsweise Sozialabgaben nur bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe erhebt (der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze), sinkt die Belastung für Besserverdiener ab einem bestimmten Punkt wieder. Allein dadurch gehen der Bundesregierung – und damit letztlich uns allen – jedes Jahr Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verloren. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise müssten jedoch Spitzenverdiener entsprechend ihren Möglichkeiten stärker an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligt werden! Wenn auch niemand von uns gerne Steuern zahlt, so dürfen wir doch zumindest erwarten, dass die Lasten solidarisch verteilt werden!

**Richard Dörzapf,  
Mitglied im  
SoVD-Bundesvorstand**

## Anzeige

**Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.**

### Pflegerenten-Risikoversicherung\*

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150,- Euro bis 1.000,- Euro
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Leistung bereits ab Pflegestufe 1
- bei Pflegefall durch Unfall sofortige Leistung
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

\*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

[www.ovg.hamburg-mannheimer.de](http://www.ovg.hamburg-mannheimer.de)

mit der Organisation  
für Verbandsgruppenversicherungen

HAMBURG  
MANNHEIMER

Ein Unternehmen der  
ERGO Versicherungsgruppe.

## Debatte um gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung nicht verschleppen

Die gesetzliche Regelung der Patientenverfügung droht zu scheitern. Zumindest für diese Legislaturperiode scheint das Thema von der Tagesordnung gestrichen und damit „gestorben“ zu sein. Die Abgeordneten konnten sich bislang noch nicht einmal darauf einigen, in welcher Reihenfolge die mittlerweile vier Entwürfe zum Patientenverfügungsgesetz abgestimmt werden sollen. Einige Befürworter der Neuregelung argwöhnen auch, dass eine Entscheidungsfindung vor der Bundestagswahl verhindert werden soll. Und de facto gibt es eine Gruppe, die den Standpunkt vertritt, die komplexen Fragen um den Willen des Patienten ließen sich gesetzlich kaum besser regeln. Ein entsprechender Antrag hat sich zu

den drei fraktionsübergreifenden Entwürfen gesellt, die in erster Lesung Ende 2008 diskutiert wurden.

Keine Frage, die Debatte ist komplex. Fest steht aber auch: Ein Scheitern des Gesetzgebungsverfahrens, das vom Bundesgerichtshof bereits 2003 angeordnet worden war, hätte schwerwiegende Folgen für Patienten und deren Familien. Ein Problem zu verschleppen, bringt leider keine Abhilfe.

Niemand weiß, was das Leben bereithält. Jeder kann plötzlich in die Situation gelangen, nur noch von Apparaten abhängig zu sein, ohne sich selbst artikulieren zu können. Deshalb muss sichergestellt werden, dass der schriftliche Wille des Patienten auch tatsächlich respektiert wird.

veo

Fortsetzung von Seite 1

## Rentenschutzklausel mit Haken

präsentierte indes die IG Metall. In dem Memorandum, welches zahlreiche Verbände, so auch der SoVD, in der Mehrheit der aufgeführten Punkte teilen (siehe Berichterstattung weiter unten), wird unter anderem die Rücknahme der

ab 2012 schrittweise vorgesehenen Erhöhung des Rentenalters auf 67 gefordert.

Trotz einzelner kritischer Stimmen haben die Fraktionen von CDU/CSU und SPD ihre Zustimmung zur Rentenschutzklausel bekundet.

Seitens der Arbeitgeberverbände wurde die Rentengarantie hingegen abgelehnt. „Der Beschluss ist eine Fehlentscheidung“, sagte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Ob mit der Schutzklausel Menschen im Ruhestand zusätzliche Enttäuschungen erspart bleiben, wird die weitere Entwicklung zeigen.

Dabei trägt auch die demografische Entwicklung in Deutschland nicht dazu bei, das Rentenniveau stabil zu halten: Weil die Gesellschaft immer älter wird, steigt die Zahl der Rent-

nerinnen und Rentner rapide an. Derzeit finanzieren durchschnittlich mehr als zwei Beschäftigte ei-

nen Menschen im Ruhestand. In 40 Jahren wird ein Beschäftigter auf einen Rentner kommen.

## Rentengarantie findet laut Umfrage Zustimmung

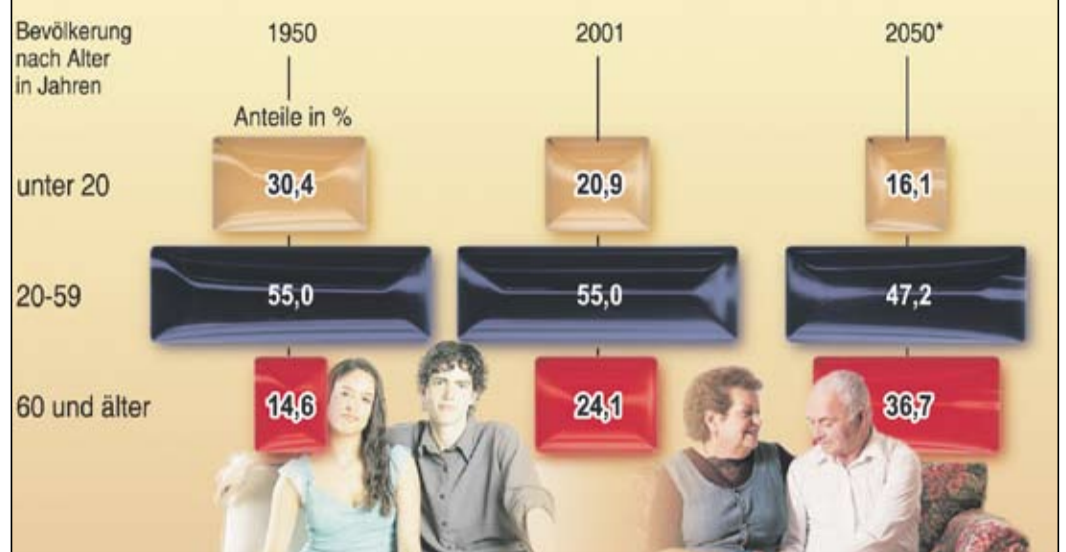
Die vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Schutzklausel gegen Rentenkürzungen findet bei den Bürgern breite Zustimmung. Zwei Drittel (68 Prozent) unterstützen laut einer Umfrage im Auftrag der ARD-„Tagesthemen“ den Plan, Rentenkürzungen per Gesetz auszuschließen. 28 Prozent sind jedoch der Ansicht, dass die Renten sinken sollten, wenn auch die Löhne sinken.

Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap befragte 1000 Bundesbürger telefonisch. Dabei äußerte ein wachsender Teil der Befragten (57 Prozent) Sorge um die wirtschaftliche Zukunft, 38 Prozent haben Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Vier von zehn Deutschen gaben an, wegen der Wirtschaftskrise bereits jetzt weniger Geld zur Verfügung zu haben. Nach wie vor glauben drei Viertel (76 Prozent), dass sich die Krise verschlimmern wird.

dpa

## Herausforderung für die soziale Sicherung

Der demographische Wandel in Deutschland



Grafik/Text: imu-Infografik, Quelle: Statistisches Bundesamt

**Weniger Junge, mehr Alte: Ob Renten-, Kranken-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung – das gesamte System der umlagefinanzierten Sozialversicherung ist vom demografischen Wandel betroffen. Es funktioniert, solange eine große Anzahl Erwerbstätiger Beiträge zahlt, aus denen auch Leistungen für Ältere bezahlt werden. Die Zahl der Jungen und damit der Erwerbstätigen schwindet zunehmend, andererseits werden die Deutschen immer älter. Die Leistungen für Rente, Gesundheit und Pflege steigen.**

SoVD nimmt Stellung zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes

## Kein Kostendiktat für die Pflege

**Der Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs hat heute den zweiten Teil seines Berichts vorgelegt, in dem er Vorschläge zur Umsetzung unterbreitet. Der SoVD sieht in dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff eine Chance, den individuellen Pflegebedarf differenzierter zu erfassen.**

Es hänge aber entscheidend von der Umsetzung ab, ob der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff dazu beitrage, Pflegebedürftigen ein weitgehend selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen, erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer Presseerklärung.

Es sei überfällig, dass auch der Pflegebedarf von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, wie zum Beispiel Demenzkranken, künftig stärker berücksichtigt werde. Dies dürfe aber nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen mit körperlichen

Einschränkungen gehen. Die Neuordnung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs dürfe nicht unter dem Diktat der Kostenneutralität stehen. Im Mittelpunkt müssten der pflegebedürftige Mensch und die Verwirklichung einer würdevollen Pflege stehen. Niemand, der jetzt einer der drei Pflegestufen zugeordnet ist, dürfe durch die Einteilung in fünf Bedarfsgrade schlechter gestellt werden.

Nach Einschätzung des SoVD ist es positiv anzumerken, dass der Beirat für alle fünf Bedarfsgrade auch

Leistungen der Pflegeversicherung vorsieht. Der vorgeschlagene Geldbetrag für den neuen Bedarfsgrad 1 könne allerdings nur ein Einstieg sein, so der SoVD-Präsident. Unverzichtbar sei es außerdem, dass ein neues Begutachtungsverfahren den Reha-Bedarf von Pflegebedürftigen zuverlässig erkenne. Der gesetzlich verankerte Grundsatz, dass Pflegebedürftige Anspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen haben, die ihre Selbstständigkeit bewahren oder wiederherstellen, müsse endlich auch umgesetzt werden.

Verteilungskämpfe auf dem Rücken der Patienten

## Ärztliche Leistungen dürfen nicht rationiert werden

In der Debatte um die Rationierung medizinischer Leistungen für Kassenpatienten fordert der SoVD die Ärztefunktionäre auf, zu einer verantwortlichen Diskussion um das Wohl der Patienten zurückzukehren. Die Ärzte sollten ihre fachliche Kompetenz nutzen, um Fehlstrukturen und Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen zu beseitigen, anstatt ihre Verteilungskämpfe auf dem Rücken der Patienten auszutragen, mahnt SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Die Forderung der Ärzte nach mehr Geld falle mitten in eine Wirtschaftskrise, in der viele Menschen um ihren Arbeitsplatz bangten. Höhere Ärzthonorare würden von Krankenversicherungsbeiträgen bezahlt und viele der Kassenpatienten verdienen nur einen Bruchteil dessen, was Ärzte verdienen. Hinzu komme, dass die Patienten und Versicherten in den vergangenen Jahren durch Praxisgebühr und Zuzahlungen schon stark belastet worden seien. SoVD-Präsident Adolf Bauer lehnt deshalb eine Rationierung medizinischer Leistungen für Kassenpatienten entschieden ab: „Der einheitliche Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht angetastet werden.“

SoVD durch Präsident Adolf Bauer auf IG-Metall-Kongress vertreten

## „Für einen neuen Generationenvertrag“

**Auf einem zweitägigen Kongress der IG Metall mit dem Titel „Für einen neuen Generationenvertrag“ im Berliner Estrel-Hotel wurden die Vorstellungen der Gewerkschaft zu einer Reform der Alterssicherung präsentiert, andere Konzepte und Lösungswege diskutiert sowie arbeits- und sozialrechtliche Fachfragen rund um das Thema Rente erörtert.**

Am ersten Veranstaltungstag gab es neben einer einführenden Podiumsdiskussion eine Reihe von Foren, in denen das im Wesentlichen vier Punkte umfassende Programm der IG Metall zur Vermeidung von Altersarmut vorgestellt wurde. Die IG Metall setzt sich danach für eine Erwerbstätigenversicherung ein, fordert die Sicherung des Lebensstandards durch die gesetzliche Rente, die Pflicht der Arbeitgeber zum Angebot einer betrieblichen Rente, flexible Altersübergänge und den Verzicht auf eine Rente mit 67.

SoVD-Präsident Adolf Bauer war vonseiten des IG-Metall-Vorstandes gebeten worden, an einer am zweiten Tag des Kongresses

stattfindenden Podiumsdiskussion teilzunehmen, in der Vertreter von Verbänden und Organisationen ihre Vorschläge für eine zukunftsfähige Rente darstellten. Das Podium folgte einer Runde, in der Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der FDP) ihre Konzepte zur Alterssicherung vorstellen und Stellung zum IG-Metall-Konzept nehmen konnten. Neben Adolf Bauer waren auf dem Podium Hans-Jürgen Urban von der IG Metall, Birgit Zenker von der KAB (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung), Franz Segbers, Professor für Sozialethik an der Universität Marburg, und Sven Frye der Jugendorganisation „Die Falken“ vertreten.

Die Positionen der Podiumsteilnehmer glichen sich in den meisten im Memorandum der IG Metall vorgestellten Punkten. Adolf Bauer verwies auf die Konzepte des SoVD zur Korrektur der Fehlentwicklungen in den sozialen Sicherungssystemen. Er sprach sich dafür aus, keinen radikalen Wechsel bzw. Neuanfang zu fordern. Er betonte, dass sich die Rentenversicherung immer wieder als starkes und höchst anpassungsfähiges System bewährt habe und es besser sei, sich für eine sozial ge-



Fotos (2): Borrs

**Die Podiumsteilnehmer (von links): Dr. Hans-Jürgen Urban, IG Metall, Sven Frye, „Die Falken“, Adolf Bauer, SoVD-Präsident, Birgit Zenker, KAB und Franz Segbers, Professor für Sozialethik an der Universität Marburg.**

rechte Anpassung an die aktuellen Herausforderungen und Probleme der Sicherungssysteme einzusetzen und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Birgit Zenker betonte die Wichtigkeit der Berücksichtigung auch typischer weiblicher Erwerbsbiografien bei der Alterssicherung. Professor Franz Segbers kommentierte den IG-Metall-Vorschlag aus einer sozialetischen Perspektive

und sprach sich dafür aus, dass bei der Frage nach der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme weniger die Frage der Generationen-, als vielmehr der Verteilungsgerechtigkeit diskutiert werden sollte. Sven Frye unterstützte den IG-Metall-Vorschlag uneingeschränkt. Alle Podiumsteilnehmer erklärten ihre Bereitschaft, sich weiterhin für eine bessere Sozialpolitik einzusetzen.



**SoVD-Präsident Adolf Bauer verwies im Gespräch mit der Moderatorin des Kongresses, Beate Kowollik, unter anderem darauf, dass sich die Rentenversicherung immer wieder als starkes und höchst anpassungsfähiges System bewährt habe.**

Nationale Bildungskonferenz des Bundesministeriums für Arbeit und Gesundheit (BMAS) in Berlin

# Vereint für gemeinsame Bildung

**Am 6. und 7. Mai führte das BMAS die Nationale Bildungskonferenz „Vereint für gemeinsame Bildung“ in Berlin durch. An der Konferenz nahmen mehr als 250 Personen teil; die Veranstaltung war ausgebucht. Auch der Sozialverband Deutschland war auf der Konferenz vertreten und als einer der wenigen Verbände an der inhaltlichen Ausrichtung beteiligt.**



**Das deutsche Bildungssystem erfordert erhebliche Veränderungen: Christine Pluhar (links) vom Bildungsministerium Schleswig-Holstein im Gespräch mit Landesbildungsministerin Ute Erdsiek-Rave.**

Die Bildungskonferenz sollte ein bundespolitisches Zeichen setzen, um zu unterstreichen, dass es aufgrund des Artikels 24 der Behindertenrechtskonvention (BRK) Handlungsbedarf für Deutschland gibt, diesen zu beschreiben und konkrete Forderungen zur Umsetzung zu erheben. In einem Grußwort unterstrich Bundesarbeitsminister Olaf Scholz die Notwendigkeit, im Bereich Bildung zu Veränderungen zugunsten einer inklusiven Schule zu kommen. Scholz formulierte: „Beim gemeinsamen Lernen müssen wir besser werden.“ Er unterstrich, dass zur Umsetzung der Konvention ein Aktionsplan ein guter Weg sein könne und Rat und Tat der Verbände hierfür gewünscht seien. Ute Erdsiek-Rave, Bildungsministerin in Schleswig-Holstein, betonte das neue Leitbild der Inklusion, das von dem deutschen Bildungssystem erhebliche Veränderungen erfordere. Die Ministerin stellte die menschenrechtliche Dimension der Teilhabe, die mit der Debatte um Inklusion verbunden sei, in den Vordergrund. Ausdrücklich sprach sie den Verbänden Dank für die Begleitung der Arbeit der KMK aus. Als Vertreterin des Deutschen Behindertenrates (DBR) sprach Hannelore Loskill von einer längst überfälligen Debatte um Inklusion im Bildungssystem. Nicht die Abschaffung der Sonderpädagogik und der Sonderschulen stehe im Fokus, sondern das Menschenrecht auf gemeinsamen Unterricht. Im Namen der Verbände übergab sie ein „Forderungspaket“ an Minister Scholz und betonte, dass DBR, SoVD und die Elterninitiative „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ in der Debatte nicht mit leeren Händen dastünden, sondern bereits erhebliche Vorarbeiten geleistet hätten. In sehr ausgewogenen Worten schilderte Prof. Dr. Sieglind Ellger-Rüttgardt die Entwicklung der Bildung für behinderte Menschen und

forderte, in der Debatte um Inklusion keine Frontstellungen aufzubauen – und besonnen die derzeitige Praxis des Sonderschulsystems weiterzuentwickeln zugunsten der Inklusion. Hier seien besonders die allgemeinen Schulen in der Pflicht. Als Vertreterin des SoVD gestaltete Claudia Tietz, Referentin der Abtei-



Fotos (2): Borrs

**An der Nationalen Bildungskonferenz „Vereint für gemeinsame Bildung“ nahmen mehr als 250 Personen teil.**

lung Sozialpolitik in der Bundesgeschäftsstelle, eines der zahlreichen Foren. Als Sprecherin des Gremiums brachte sie konkrete Thesen und Forderungen wie beispielsweise das Wahlrecht von Eltern hinsichtlich des Förderortes für ihr behindertes Kind in das Plenum und die Podiumsdiskussion ein.

„Teilhabe jetzt – eine Gesellschaft für alle“

Gemeinsame Pressekonferenz von SoVD, DBR und Elterninitiative

## Unverzüglich mit der Umsetzung der UN-Konvention beginnen!

**Der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Deutsche Behindertenrat (DBR) und die Elterninitiative „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ fordern die Bundesländer auf, jetzt unverzüglich mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu beginnen.**

Die Bundesrepublik hat sich mit der Unterzeichnung der Konvention unter anderem verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu verwirklichen. Ziel ist, dass behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam an allgemeinen Schulen unterrichtet werden.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin forderten die drei Verbände konkrete Schritte zur Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts für behinderte und nicht behinderte Kinder. Damit wollten die Verbände im Vorfeld der Sitzung der zuständigen Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz, des Internationalen Aktionstages

zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai und vor der Nationalen Bildungskonferenz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am 6. und 7. Mai (siehe entsprechende Berichterstattung auf dieser Seite) den politischen Druck verstärken.

„Derzeit besuchen nur 15,7 Prozent der Kinder mit Behinderungen und Lernbehinderungen die allgemeine Schule. Damit ist Deutschland ein Schlusslicht in Europa“, kritisierte Hannelore Loskill, Sprecherratsvorsitzende des Deutschen

Behindertenrats (DBR).

In vielen europäischen Ländern sei der Anteil der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an allgemeinen Schulen unterrichtet werden, weitaus höher. Die UN-Behindertenrechtskonvention

nutzen, um das Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen inklusiver und separierender Bildung umzukehren. Wir erwarten von der Kultusministerkonferenz einen Plan, wie dieser Umbruch bewältigt werden kann, ohne dass die Qualität des Bildungs- und Unterstützungsangebotes für die behinderten Schüler leidet.“

SoVD-Präsident Adolf Bauer forderte: „Die Bundesländer müssen jetzt ein verbindliches Aktionsprogramm für inklusive Bildung vorlegen, das konkrete Schritte zur Umsetzung und einen

Zeitplan enthält. Der Vorrang für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder muss in den Landesschulgesetzen verankert werden. Auch das Wahlrecht der Eltern, das heißt ihr verbindlicher Rechtsanspruch auf die Aufnahme ihres behinderten oder lernbehinderten Kindes an einer allgemeinen Schule, muss gesetzlich festgeschrieben werden. Außerdem müssen Schulen barrierefrei werden. Behinderte Kinder müssen endlich bessere Bildungschancen bekommen.“



Foto: bildschön

**Erwarten ein verbindliches Aktionsprogramm für inklusive Bildung von den Bundesländern von links: Adolf Bauer, Präsident des Sozialverband Deutschland, Hannelore Loskill, Sprecherratsvorsitzende des Deutschen Behindertenrats (DBR), und Sibylle Hausmanns, Projektleiterin der Elterninitiative „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“.**

hat das Ziel, dass 80 bis 90 Prozent der behinderten Schüler an Allgemeinen Schulen unterrichtet werden.

Sibylle Hausmanns, Projektleiterin der Elterninitiative „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“, erklärte: „In den vergangenen Jahren wurden tausende von Kindern gegen ihren und ihrer Eltern Willen und mit Billigung der Gerichte in Förderschulen (das heißt: Sonderschulen) eingewiesen. Jetzt hat sich die juristische Lage verändert und Eltern werden die neuen Möglichkeiten

## SoVD-Protest vor Kanzleramt

Aus Anlass des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung demonstrierten rund 250 Menschen vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. Dem Protest unter dem Motto „Teilhabe jetzt – eine Gesellschaft für alle“ schlossen sich zahlreiche Betroffene und deren Angehörige sowie die Interessenvertreter vieler Initiativen an. Die Forderung des SoVD nach Selbstbestimmung und Teilhabe unterstrich auch die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer. Nach Überzeugung des SoVD-Landesvorsitzenden von Berlin-Brandenburg, Michael Wiedeberg, geht von der Demonstration ein Signal für die Zukunft aus. Das Modell der Inklusion müsse von der Politik konsequent umgesetzt werden.



Foto: Borrs

**Trotz des schlechten Wetters wiesen die Teilnehmer der Demonstration auf ihre Anliegen hin. Mit dabei auch der Landesvorsitzende Michael Wiedeberg (re.).**

Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz in Berlin

## Forderungspaket übergeben

Die Referenten für Sonderpädagogik aller Schul- bzw. Bildungsministerien der Länder trafen am 5. Mai in Berlin zur 2. Sitzung der ad-hoc-Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz (KMK) zusammen. Auf der Tagesordnung: die Überarbeitung der „Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung“. Ziel war es, zu einem gemeinsamen Ergebnis-papier aller Ländervertreter zu kommen. Das Entwurfspapier soll Anfang Juni im Schulausschuss beraten und beschlossen werden. Neben dem SoVD waren die Elterninitiative „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“, der Deutsche Behindertenrat sowie der Verband der Sonderpädagogen vertreten – zudem je eine Referentin der Behindertenbeauftragten sowie des BMAS. Das Treffen war geprägt von einer großen inhaltlichen Geschlossenheit der drei behindertenpolitischen Verbände. Sie unterstützen den Grundansatz, die Behindertenrechtskonvention zur Grundlage der Standards zu machen, übten jedoch auch Kritik. Ministerialdirigent Karl-Heinz Held wurde als Vorsitzendem des Schulausschusses der KMK ein gemeinsames „Forderungspaket zur inklusiven Bildung“ übergeben.



Foto: Borrs

**Claudia Tietz, Referentin der Abteilung Sozialpolitik in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle, übergab Ministerialdirigent Karl-Heinz Held ein „Forderungspaket“.**

Armutsatlas zeigt soziale Schere und ein regional zerrissenes Land

# Ostdeutschland hat das höchste Armutsrisiko

Verschiedene Studien haben in den vergangenen Jahren über Einkommens- und Vermögensverteilungen sowie über die Lebenslagen armutsgefährdeter Menschen Einblick gegeben. Somit wurde die Armutsberichterstattung immer präziser. Dass die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Armutsentwicklung offenbar ein regional zerrissenes Land ist, in dem ganze Landstriche zu verarmen drohen, zeigt der erste Regionale Armutsatlas, den der Paritätische Gesamtverband in Berlin vorstellte.

Die Ergebnisse des Berichtes zeigen auf den ersten Blick das bekannte Gefälle: Die wirtschaftlich prosperierenden Bundesländer Süddeutschlands weisen eine sehr viel niedrigere Quote des Armutsrisikos aus als im Norden; am schlechtesten schneiden immer noch die ostdeutschen Länder ab – aber auch unter ihnen wachsen die Quoten tendenziell in Richtung Norden. So liegt der Armutsanteil in Mecklenburg-

Vorpommern mit 24,3 Prozent am höchsten, mit 10 Prozent in Baden-Württemberg am niedrigsten.

Ein genauerer Blick in die Regionen vermittelt über dieses zu erwartende Ergebnis hinaus weitere interessante Einblicke. Dabei zeigt sich, dass in drei Regionen das Armutsrisiko jeweils unterhalb von 11 Prozent der Gesamtbevölkerung liegt: der sogenannte nördliche „Hamburger Speckgürtel“, das Rhein-Main-Gebiet und ein breiter Streifen im südlichen Baden-Württemberg und Südbayern. Armutsquoten, die denen Ostdeutschlands vergleichbar sind, erreichten Ostfriesland und die Region um Bremen, zwei Regionen des südlichen Niedersachsens und Teile des Ruhrgebiets.

„Die regionale Betrachtung der Armut führt uns erstmals vor Augen, dass Deutschland nicht nur sozial, sondern auch regional ein tief zerrissenes Land ist“, bilanziert Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Zwanzig Jahre nach

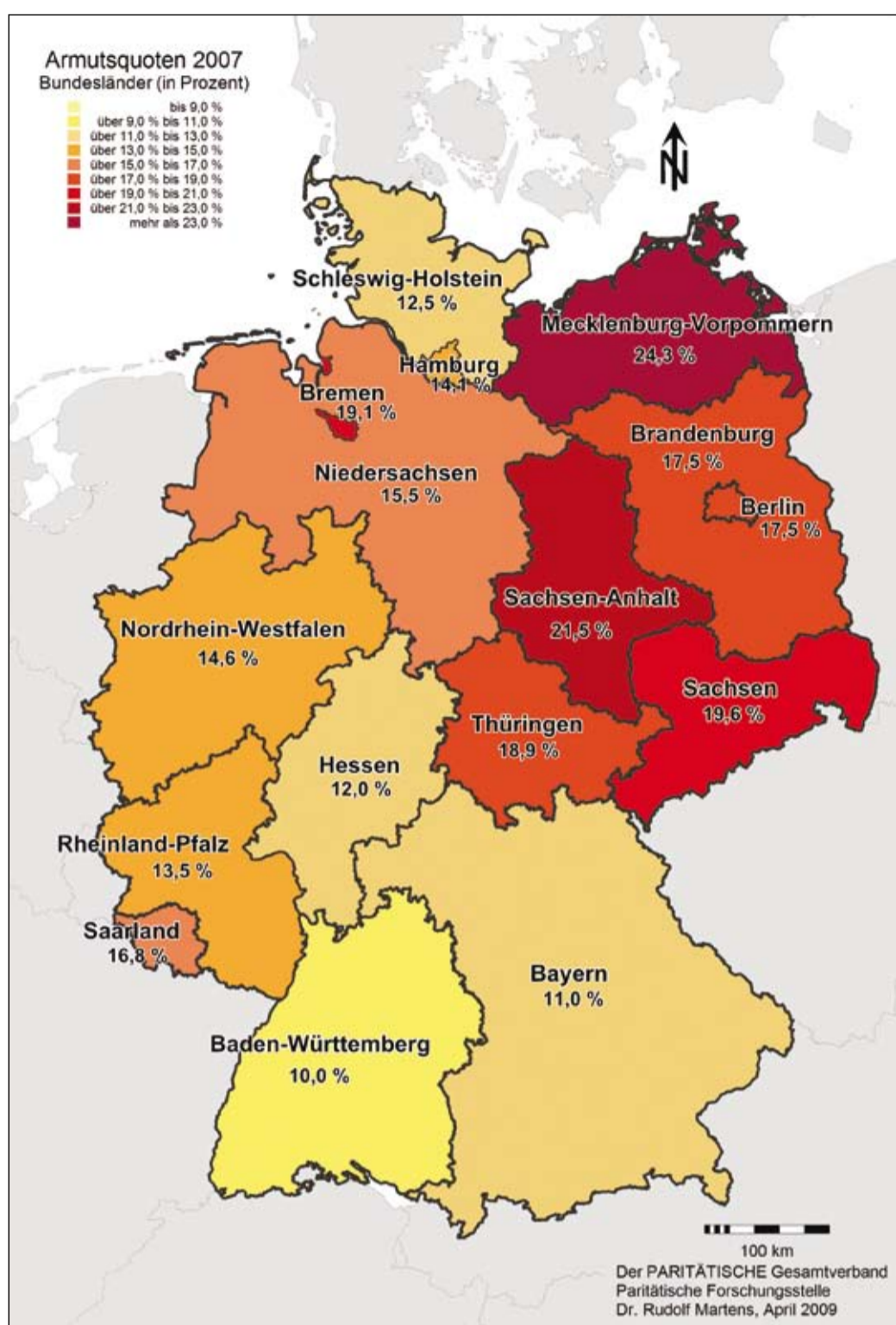
dem Mauerfall ist Deutschland nicht länger zwei- sondern mindestens dreigeteilt und im Hinblick auf die Armutsbetroffenheit zerrissener als je zuvor. Wenn die ärmste Region eine viermal so hohe Armutsquote aufweist wie die reichste, hat das mit gleichwertigen Lebensverhältnissen nichts mehr zu tun.“ Ohne gezielte Maßnahmen der Armutsbekämpfung werde mittelfristig jede Grundlage für eine gute ökonomische Entwicklung in den betroffenen Regionen zerstört, mahnte Ulrich Schneider.

Scharfe Kritik übte der Verband in diesem Zusammenhang an dem Konjunkturpaket II. Die zehn Milliarden Bundesmittel für Investitionen in Bildung und kommunale Infrastruktur flössen zu einem Drittel in die drei Bundesländer, die mit Abstand die geringsten Armutsquoten aufweisen. Eine solche Mittelverteilung sei nicht nur ökonomisch unvernünftig, sondern auch sozial ungerecht.

Im Regionalen Armutsatlas werden Personen als arm eingestuft, denen weniger als 60 Prozent eines mittleren Einkommens zur Verfügung stehen. Einem Ein-Personen-Haushalt mussten dieser Rechnung

zufolge 764 Euro zur Verfügung stehen, um nicht als arm zu gelten.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband nahm den Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes zur Grundlage seiner Statistik.



Statistik: dpwv

Teilnehmer forderten Investitionen in Bildung

## Bundestreffen der integ-Jugend in Dresden

Vom 24. bis zum 26. April fand in Dresden das diesjährige Bundestreffen der integ-Jugend des SoVD statt. Zum ersten Mal war dies eine entsprechende Versammlung der integ-Jugend in den neuen Bundesländern. Über die städtebaulichen Schönheiten der Elbmetropole hinaus, die von den Besuchern des Treffens bestaunt wurden, gab es zudem ein anspruchsvolles sozialpolitisches Programm. Thema einer im Berufsförderungswerk Dresden veranstalteten Podiumsdiskussion unter dem Titel „Bad Banks – Bad Schools?“ war die Rezession in Deutschland mit den möglichen Auswirkungen der Konjunkturprogramme auf die Zukunft der jüngeren Generation. Dem Podium gehörten zahlreiche Mitglieder und Mitarbeiter der sächsischen Landtagsfraktionen an, die sich den Fragen der Teilnehmer stellten.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde dabei durchaus kontrovers über die Verantwortung der angenommenen Schuldigen sowie des Staates an der Entstehung der Krise diskutiert. Herausgestellt wurde die herausragende Bedeutung der Bildung für die Zukunft. Einige Redner wiesen auf die drohende Gefahr hin, dass es durch die belasteten öffentlichen Haushalte in Zukunft wieder zu Einsparungen in diesem Bereich kommen könnte.

**In vielen Regionen Deutschlands wächst die Armut. In Mecklenburg-Vorpommern ist laut Statistik nahezu jeder 4. Einwohner (24,3 %) arm. In Baden-Württemberg gilt nur jeder 10. als arm.**

## Frauen im SoVD – das Thema

Uta Schmalfuß  
Mitglied im Ausschuss für  
Frauenpolitik  
des SoVD-Bundesverbandes

### Wo Kinderrechte verletzt werden, geraten Elternrechte an ihre Grenzen

**Kinder brauchen Kinderschutzrechte. Erschreckend deutlich wurde dies im November vergangenen Jahres beim Bekanntwerden eines entsetzlichen Falls von Vernachlässigung: Die fünfjährige Lea-Sophie aus Schwerin musste qualvoll verhungern und wog, als sie starb, nur noch 7,4 Kilogramm. Niemand hatte eingegriffen.**

**Dieser und weitere schwere Fälle von Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder wurden in der Öffentlichkeit bundesweit heftig diskutiert.**

Nach Erkenntnissen des UNO-Kinderhilfswerkes sterben in Deutschland wöchentlich zwei Kinder an den Folgen von Verwahrlosung, Misshandlung und Missbrauch. Mehr Verantwortlichkeit und ein besserer Schutz für Kinder wurden deshalb gefordert.

Artikel 6 des Grundgesetzes stellt Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates. Elternrechte sind ein hohes Gut und werden in der Verfassung besonders geschützt. Kinder dürfen nur dann von den Eltern getrennt werden, wenn diese versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen. Zum Schutz der Kinder reicht das Grundgesetz allein nicht aus. Dies wird vor allem dann deutlich, wenn Elternrechte dem Kindeswohl entgegenstehen.

Als Folge der bekannt gewordenen Misshandlungsfälle hat der Bundestag am 23. April 2009 das Bundeskinderschutzgesetz verabschiedet. Es soll Kinder besser schützen. So erlaubt es eine Lockerung der ärzt-

lichen Schweigepflicht: Auch ohne Zustimmung der Eltern können Ärzte, wenn sie das Kindeswohl gefährdet sehen, die Jugendämter informieren. Aber: Der Austausch der Kinderärzte untereinander ist nicht erlaubt. Das wäre aber sehr hilfreich. Denn Eltern, die unter Misshandlungsverdacht stehen, wechseln häufig den Kinderarzt und entziehen sich so der Beobachtung.

Das neue Gesetz sieht auch vor, dass die Jugendämter stärker in die Pflicht genommen werden. So sind Hausbesuche vorgeschrieben. Neu ist auch, dass Eltern verpflichtet werden können, öffentliche Hilfen anzunehmen. Dafür reicht aus, dass die Gefährdung des Kindeswohls festgestellt wird und die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten dies nicht abstellen können oder wollen. Ein

entsprechender Antrag kann beim Familiengericht gestellt werden. Das Gericht ist dann verpflichtet, das Verfahren einzuleiten. Durch den Verzicht auf die Feststellung des elterlichen Erziehungsversagens wird den Jugendämtern und Familiengerichten zukünftig die Arbeit erleichtert. Die Umsetzung dieser Neuregelung in die Praxis könnte schwierig sein. Denn bereits heute sind viele Gerichte überlastet. Des Weiteren ist fraglich, ob die finanziellen und personellen Ressourcen der Jugendämter überhaupt ausreichen, um die von den Familiengerichten angeordneten Maßnahmen später auch leisten zu können. Durch den Informationsaustausch der Jugendämter untereinander soll zudem künftig sichergestellt sein, dass Eltern sich nicht mehr einfach durch

Umzug den Kontrollen der zuständigen Behörde entziehen können.

Das Bundeskinderschutzgesetz sieht auch eine Ausweitung der Vorgesorgeuntersuchungen vor. Es sollen auch Anreize geschaffen werden, damit die Eltern die neuen Angebote nutzen. „Kinder- und jugendnahe“ Mitarbeiter – wie zum Beispiel Erzieher, Sozialarbeiter, Kindergärtner, Bademeister usw. – müssen in Zukunft ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Darin sollen auch Straftatbestände wie Exhibitionismus oder Verstöße gegen das Verbot der Kinderpornografie aufgelistet sein. Ebenso wird die erweiterte Speicherung dieser Taten im Bundeszentralregister ermöglicht.

Die genannten Punkte beschränken sich auf die wichtigsten Aspekte im neuen Bundeskinderschutzgesetz.



Uta Schmalfuß

Kinderschutz und Kinderrechte – dieses große Thema umfasst selbstverständlich viel mehr: Dazu gehören frühkindliche und vorschulische Förderung, Erziehung und Betreuungsangebote, Sprachförderung, Bildungschancen, gesundheitliche Vorsorge und medizinische Versorgung, Schutz vor Armut, Schutz vor Pornografie und anderes mehr.

An dieser Stelle konnte nur ein kleiner Ausschnitt betrachtet werden. Aber eines ist klar: Das Thema Kinderschutz ist von großer Bedeutung. Es ist ein Thema, an dem wir dranbleiben und bei dem wir uns weiterhin engagieren müssen und das uns auch weiterhin unter die Haut gehen wird.

Eine Orientierungshilfe für Diskussionen mit den Kandidatinnen und Kandidaten der verschiedenen Parteien

# „Europäisches Parlament als soziales Korrektiv“ – Wahlprüfsteine des SoVD zur Europawahl

**Am 7. Juni 2009 findet die Europawahl statt. In Deutschland sind mehr als 64 Mio. Wahlberechtigte aufgerufen, das Europäische Parlament in Straßburg zu wählen. Die Europawahl ist auch ein wichtiger Termin für die Sozialpolitik, denn die EU nimmt immer mehr Einfluss auf die Sozialgesetzgebung der Mitgliedsländer.**

**Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt deutlich vor Augen, dass die Politik der Deregulierung und Marktliberalisierung gescheitert ist. Auch die EU muss hieraus Konsequenzen ziehen: Die strategischen Ziele und die Gesetzgebung der EU müssen sich stärker an der Verwirklichung eines sozialen Europas ausrichten.**

**Dem Europäischen Parlament kommt hierbei eine bedeutende Rolle zu. Als einzige direkt gewählte Vertretung der Unionsbürgerinnen und -bürger muss es in der EU-Politik künftig stärker als soziales Korrektiv wirken und der vorrangig wettbewerbsorientierten EU-Politik klare Grenzen aufzeigen.**

**Um unseren Mitgliedern eine Orientierungshilfe für Diskussionen mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl zu geben, haben wir die folgenden Wahlprüfsteine erarbeitet:**

## Für einen europäischen Sozialraum

Der SoVD setzt sich dafür ein, dass die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft in einen europäischen Sozialraum eingebunden wird. Wettbewerb und freie Märkte dürfen nicht vorrangiger Maßstab der Europapolitik sein, sondern müssen dem Ziel der sozialen Sicherheit der Menschen dienen.

Machen Sie sich mit uns dafür stark, dass Europa vorrangig der sozialen Sicherheit der Menschen verpflichtet sein muss und die wirtschaftlichen Grundfreiheiten nicht länger zur Aushebelung von sozialen Rechten in den Mitgliedstaaten benutzt werden dürfen? Treten auch Sie für den Vorrang sozialer Grund-

rechte vor den Binnenmarktfreiheiten ein? Sind Sie wie wir dafür, dass soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene bestehende Sozialstandards nicht verschlechtern dürfen?

## Beschäftigungspolitik: Schutz vor Lohndumping

Die EU hat sich im Rahmen der Lissabon-Strategie zum Ziel gesetzt, bis 2010 mehr und bessere Arbeitsplätze und einen größeren sozialen Zusammenhalt zu schaffen. Vor allem mit der Finanz- und Wirtschaftskrise droht die Verwirklichung dieser Ziele in weite Ferne zu geraten.

Setzen Sie sich mit uns dafür ein, dass der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Lohndumping und prekärer Beschäftigung weiter verbessert werden muss? Werden Sie sich für die Verankerung von gesetzlichen Mindestlöhnen in den Mitgliedstaaten stark machen? Sind Sie ebenfalls der Auffassung, dass die Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern mit dem Stammpersonal weiter vorangetrieben werden muss?

## Antidiskriminierungspolitik: Schutzlücken schließen

Der SoVD engagiert sich für die Belange von älteren Menschen, von Menschen mit Behinderungen sowie von Frauen. Er unterstützt daher alle Anstrengungen, auf europäischer Ebene ein einheitliches, hohes Schutzniveau gegen Diskriminierungen zu schaffen.

Sind Sie mit uns der Auffassung, dass es ein Gefälle beim Antidiskriminierungsschutz zwischen den EU-Mitgliedstaaten nicht geben darf und bislang bestehende Schutzlücken im europäischen Recht geschlossen werden müssen? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine diesen Zielsetzungen Rechnung tragende Antidiskriminierungsrichtlinie, wie sie von der Kommission im Juli 2008 vorgelegt und vom Europäischen Parlament am 2. April

2009 gebilligt wurde, nunmehr zum Abschluss gebracht und zeitnah in Kraft gesetzt wird?

## Politik für Menschen mit Behinderungen

Mehr als 50 Mio. Bürgerinnen und Bürger in der EU leben mit einer Behinderung. Der SoVD setzt sich für ihre Belange ein. Daher begrüßt der SoVD die Absicht der Europäischen Union, die UN-Behindertenrechtskonvention nicht allein durch die Mitgliedsstaaten, sondern auch durch die EU selbst zu ratifizieren und umzusetzen.

Welche Bedeutung messen Sie den Inhalten und Zielsetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention bei? Welche Bedeutung kommt Ihrer Ansicht nach dem Leitgedanken der Konvention – der Inklusion – zu? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Europäische Gemeinschaft zeitnah erfolgt? Welche Schritte zur Umsetzung der Konvention durch die EU sind Ihrer Ansicht nach erforderlich und geboten? Wie sollte die Umsetzung der Konvention auf der europäischen Ebene koordiniert und institutionell begleitet werden? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betroffenen und ihre Verbände in diesen Prozess eingebunden werden? In welcher Form sollte Ihrer Ansicht nach die Verbände-beteiligung erfolgen?

Der SoVD unterstützt Anstrengungen der Europäischen Union, die Rechte behinderter Menschen zu stärken und ihre selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft voranzubringen. Daher unterstützt der SoVD Vorschläge der Kommission zur Stärkung der Barrierefreiheit und der Rechte behinderter Reisender im Bereich der See- und Binnenschifffahrt sowie im Kraftomnibusverkehr.

Unterstützen Sie die benannten Vorschläge ebenfalls? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verordnungsvorschläge weiterverfolgt werden und zeitnah in Kraft treten

können? Welche weiteren Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Herstellung von Barrierefreiheit und zur Stärkung der Rechte behinderter Menschen werden Sie forcieren und unterstützen?

## Armut und soziale Ausgrenzung

Auf Initiative des Europäischen Parlaments und des Rates wurde das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen.

Wie kann das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung Ihrer Auffassung nach dazu beitragen, die Situation der Betroffenen tatsächlich zu verbessern? Welchen Stellenwert wird die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bei Ihrer künftigen Arbeit haben? Sind Sie wie wir der Auffassung, dass die existenzsichernden Leistungen der Mindestsicherungssysteme bedarfsgerecht bemessen sein und den individuellen Lebenslagen der von Armut Betroffenen bzw. Bedrohten so weit wie möglich Rechnung tragen müssen?

## Weitere Ausgestaltung der Alterssicherungspolitik

Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten verfügt die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland über ein hohes Sicherungsniveau. Obwohl die Mitgliedstaaten für die Ausgestaltung ihrer Alterssicherungssysteme allein zuständig sind, wird die Rentenpolitik in immer stärkerem Maße durch politische Instrumente der EU, wie zum Beispiel die Offene Methode der Koordinierung (OMK), beeinflusst.

Treten Sie mit uns dafür ein, dass der zunehmende Anpassungsdruck aus Europa nicht zu weiteren Verlusten beim Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung führen darf?

Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern sind Selbstständige in Deutschland nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Sie unterliegen

hierdurch einem erhöhten Risiko der Altersarmut. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass auch die hohe Mobilität der Erwerbstätigen in der EU die Einbeziehung der Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung (Erwerbstätigenversicherung) erforderlich macht?

## Gesundheits- und Pflegepolitik

Der SoVD setzt sich für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ein, die allen Menschen zur Verfügung steht. Auch die Sicherstellung einer hochwertigen und würdevollen Pflege ist ein zentrales Anliegen des SoVD.

Wie beurteilen Sie die Vorschläge der Kommission zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheits- und Pflegeleistungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten? Welche konkreten Maßnahmen sollte die EU Ihrer Ansicht nach treffen, um hohe, europaweit vergleichbare Qualitätsstandards bei der Versorgung mit gesundheitlichen und pflegerischen Dienstleistungen zu erreichen?

## Chancengleichheit von Frauen

Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern ist in Deutschland deutlich höher als im EU-Durchschnitt. Deutschland liegt damit auf dem siebten Platz. Der SoVD fordert die Politik, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften auf, konkrete Maßnahmen gegen die ungleiche Bezahlung zu ergreifen. Wir fordern Arbeitgeber auf, Lohnstrukturen zu überprüfen und die Benachteiligung von Frauen zu korrigieren. Wir fordern die Bundesländer auf, durch einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Unterstützen Sie unsere Forderungen zum Thema Lohngleichheit von Frauen in Europa? Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten sehen Sie und welche Anstrengungen verfolgt Ihre Partei zur Verbesserung der Situation?

## Wir haben geholfen

# Erwerbsminderungsrente erstritten

Obwohl Frau G. schwer erkrankt ist, lehnte die Deutsche Rentenversicherungsanstalt ihren Rentenanspruch ab. Die Sozialberatungsstelle in Hamm-Unna (Landesverband Nordrhein-Westfalen) stand Frau G. zur Seite und erreichte die Zahlung einer befristeten Erwerbsminderungsrente. Des Weiteren setzte sich der SoVD für die volle Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft von Frau G. ein. „Wir bedanken uns herzlich für Ihren Einsatz und werden auch weiterhin auf den kompetenten Rat der SoVD-Sozialberatung vertrauen“, schrieb Frau G. nach Abschluss des erfolgreichen Verfahrens an die Bezirksgeschäftsstelle.

Frau G. ist mehrfach schwer chronisch erkrankt. Sie leidet an Brustkrebs, Diabetes, Polyneuropathie (Nervenerkrankungen, verursacht durch die Chemotherapie), Übergewicht und depressiver Verstimmung aufgrund der Krebserkrankung

sowie an einer Schädigung der Wirbelsäule. Da sie aufgrund dieser Erkrankungen nicht mehr erwerbsfähig ist, beantragte sie bei der Deutschen Rentenversicherung eine Erwerbsminderungsrente. Dies lehnte die Rentenversicherungsanstalt ab und stellte fest, dass „Frau G. weder teilweise noch voll erwerbsgemindert ist“.

Gegen diesen Bescheid legte Frau G. Widerspruch ein und wandte sich an die Sozialberatungsstelle in Hamm-Unna. Mithilfe verschiedener medizinischer Gutachten begründete der SoVD den Widerspruch von Frau G. in einem Schreiben an die Rentenversicherungsanstalt.

Parallel zum Rentenverfahren wandte sich der SoVD an den Kreis Unna, der für die Feststellung des Schwerbehindertengrades von Frau G. zuständig ist. In einem Änderungsantrag beantragte der SoVD die Feststellung eines Behinderungsgrades von mehr als 80 Prozent

sowie die Anerkennung des Nachteilsausgleichs „G“ für ihre Mobilitätsbeeinträchtigung. Und dies hatte Erfolg: Der Kreis erkannte einen Gesamtgrad der Behinderung von 100 Prozent an.

Der SoVD teilte daraufhin der Deutschen Rentenversicherungsanstalt die Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Frau G. mit. Das überzeugte: Die Rentenversicherungsanstalt teilte mit, dass sie rückwirkend die volle Erwerbsminderung von Frau G. anerkennt und die Erwerbsminderungsrente befristet zahlt. Denn eine Besserung des Gesundheitszustandes von Frau G. ist nicht ausgeschlossen. Mit dem Bescheid sind sowohl Frau G. als auch der SoVD zufrieden. „Wir freuen uns für Frau G., dass ihr durch unser Engagement ein langwieriges, jahrelanges Verfahren erspart geblieben ist. Gerne begleiten wir sie auch weiterhin“, sagte Bezirksgeschäftsführer Holger Friedberg.

## Anzeige

Durchdachte Vorsorge bewahrt Chancen

## Harmonie.



Harmonie ist Ihnen wichtig. Denn Sie streiten sich ungern. Doch auch ohne eigenes Zutun können Sie in einen Rechtsstreit verwickelt werden, egal wie vorsichtig und sorgsam Sie sind. Dann hilft oft nur noch der Weg zum Anwalt - und der kostet Zeit, Geld und Nerven. Sorgen Sie deshalb vor.

**Der Spezial-Rechtsschutz der Hamburg-Mannheimer bietet Ihnen als SoVD-Mitglied besonderen Versicherungsschutz zu äußerst günstigen Konditionen:**

### Rechtsschutz

- im Privat- und/oder Verkehrsbereich
- wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz
- inklusive anwaltlicher telefonischer Erstberatung in Vorsorgefällen aus versicherten Lebensbereichen - damit Sie stets gut beraten sind!

### Besondere Leistungserweiterungen:

- Rechtsschutz für Betreuungsverfahren - bei Streitigkeiten um eine Heimunterbringung.
- Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen - damit Sie schon jetzt für den Fall Ihrer Entscheidungsunfähigkeit umfassend Vorsorge treffen können.

### Wir informieren Sie gern:

Sozialverband Deutschland e.V.  
Abt. Versicherungen  
Stralauer Str. 63, 10179 Berlin  
Telefon: 030/ 72 62 22-0

[www.ovg.hamburg-mannheimer.de](http://www.ovg.hamburg-mannheimer.de)

Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

KAISERLICH VERSICHERT.

HAMBURG  
MANNHEIMER

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

## Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e.V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband  Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro  Partnerbeitrag 7,15 Euro  
 Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

**Einzugsermächtigung:**

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

**Abruf:**

1/4-jährlich  1/2-jährlich  
 jährlich

ab	KontoinhaberIn
Konto	BLZ
Geldinstitut	

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein  ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein  ja

**Ort, Datum**

**Unterschrift**

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

**Geworben durch:**

Name	1 Name und Geburtsdatum
Straße	2 Name und Geburtsdatum
PLZ, Ort	3 Name und Geburtsdatum
SoVD Ortsverband	4 Name und Geburtsdatum

**Unterschrift** (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

**Jeder kennt einen, der zu uns gehört!**

## SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut Grundschüler pflanzten Bäumchen

**Der Zuspruch für das Projekt „Gut tun macht Schule“ des SoVD-Ortsverbandes Kirchweyhe wächst von Tag zu Tag. Auch die Grundschule Erichshof in Weyhe beteiligt sich mit Begeisterung an der Initiative. Ende April stattete SoVD-Präsident Adolf Bauer der Grundschule in Weyhe einen Besuch ab und spendete zur Anerkennung für das dort Geleistete einen Baum für den Schulhof.**

Der Präsident des SoVD gratulierte den Verantwortlichen im Namen des Landesvorstandes, des Präsidiums und des Bundesvorstandes zu dem Erfolg der Initiative „Gut tun macht Schule“. Bauer verwies vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise darauf, dass die Maximierung von finanziellem Gewinn nicht auch zu einer Maximierung

von Glück führe. Gerade durch den Erfolg von Projekten wie „Gut tun macht Schule“ werde deutlich, dass Finanzwesen und Wirtschaft nie allein Fundament einer funktionierenden starken Gesellschaft sein können. Vielmehr müsse der Mensch im Mittelpunkt aller politischen und



**Adolf Bauer verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass diese Marone so tüchtig wachse wie das Projekt „Gut tun macht Schule“ in Kirchweyhe.**

wirtschaftlichen Bemühungen stehen.

Ausdrücklich lobte der SoVD-Präsident daher den Einsatz der Beteiligten: „Durch Ihr generationenübergreifendes Engagement im Rahmen von ‚Gut tun macht Schule‘ bieten Sie den Schülern und

Schülerinnen der Grundschule die Möglichkeit Erfahrungen zu sammeln und sich weiterzuentwickeln. Das Wichtigste jedoch ist, dass Sie alle damit nicht nur Ihr eigenes Leben ein bisschen bunter gestalten, sondern unsere Gesellschaft mit jeder schönen Geste ein bisschen besser machen.“

Gut tun – tut gut zeige nach Bauers Worten, dass es möglich ist, mit einem verhältnismäßig geringen zeitlichen und persönlichen Aufwand viel zu bewirken. Die scheinbaren „Kleinigkeiten“ verändern oft nicht nur das Leben desjenigen, der Unterstützung erfährt, sondern auch das eigene.

## Alt und Jung entdeckten Vergangenes

**Kampagnenbotschafterin Anne-Dörthe Lorenz aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen organisiert gemeinsame Freizeitaktivitäten für Jung und Alt. Dieses Mal stand ein Besuch in der Deutschen Arbeitsschutzausstellung (DASA) in Dortmund auf dem Programm.**

In der DASA ging die Gruppe des Ortsverbandes Dortmund Ost/West auf gemeinsame Entdeckungsreise. Zunächst erkundeten Senioren und Schüler den Themenbereich Frauenerbeit. Am Beispiel der Textilarbeiterinnen erfuhren sie vieles über die Entwicklung der Frauenerbeit von der Vergangenheit bis zur Zukunft. Erschreckende Einblicke gab der Rückblick in die Vergangenheit: Arbeitsschutzmaßnahmen gab es nicht. Die Arbeiterinnen waren dem Druck und der Kontrolle durch Aufpasser ausgesetzt. Großes Interesse fand auch die Darstellung



eines Kontors, einer Handelsniederlassung. Dort wurde die Schreibmaschine durch den Computer ersetzt. Senioren und Schüler nutzten die Gelegenheit, um sich gemeinsam am Computer zu erproben.

**Entdeckungsreise DASA: Die Kampagnenbotschafterin Anne-Dörthe Lorenz besuchte gemeinsam mit ihren ehemaligen Schülern und SoVD-Mitgliedern die Arbeitsschutzausstellung.**

Des Weiteren erkundete die Gruppe die Abteilung Gesundheit mit dem Schwerpunkt „Der pflegebedürftige Mensch“. Viele technische Neuerungen aus der Pflege wurden dargestellt, die von Jung und Alt gemeinsam unter die Lupe genommen wurden.

Die Seniorinnen und Senioren des Ortsverbandes Dortmund Ost/West halten seit Jahren Kontakt mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern der Grundschullehrerin Anne-Dörthe Lorenz. Unter ihrer Initiative fanden bereits mehrere gemeinsame Aktivitäten statt. Der Ausflug zur DASA kam bei Jung und Alt prima an. „Gemeinsame Aktivitäten sind eine Bereicherung für beide Seiten. Und wir freuen uns schon jetzt auf die nächste Begegnung“, sagte Anne-Dörthe Lorenz.



## Schüler auf Fotosafari

**Foto links: „Wie sehe ich meine Gemeinde?“ So lautet das Motto eines Wettbewerbs in Kirchweyhe. Bewaffnet mit zahlreichen Digitalkameras, die von Bürgern für die Initiative „Gut tun macht Schule“ gespendet wurden, gehen Schülerinnen und Schüler noch bis Mitte Juni auf Fotosafari. Neben einer Ziegelei wurde auch die Dampflokomotive in Kirchweyhe abgelichtet. Geleitet wird die Arbeitsgruppe von Martin Sassenberg.**

Foto: Sassenberg

Landespressekonferenz in Schleswig-Holstein zum Thema Konjunkturpaket II

# Investitionen für Barrierefreiheit an Schulen nutzen

**Auf einer gemeinsamen Landespressekonferenz haben der schleswig-holsteinische SoVD-Landesvorsitzende Sven Picker, und der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Dr. Ulrich Hase, gefordert, Mittel aus dem Konjunkturpaket II für den barrierefreien Umbau der Schulen in Schleswig-Holstein einzusetzen.**

Barrierefreie Schulen sind eine entscheidende Voraussetzung für das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülern. Vom Ideal der Inklusion ist das deutsche Bildungssystem leider immer noch weit entfernt. Nach wie vor herrscht das Prinzip der Trennung und Ausgrenzung vor. Dabei kommt gemeinsames Lernen allen Kindern zugute – behinderten ebenso wie nicht behinderten. Die Kinder entwickeln im gemeinsamen Umgang miteinander Wertschätzung von Individualität und Vielfalt. Sie entwickeln soziale Kompetenz beim Umgehen mit besonderen Bedürfnissen und erleben Beeinträchtigungen nicht als Makel, sondern als Teil gesellschaftlicher Normalität und Vielfaltigkeit.

*Behinderte Kinder und Jugendliche nicht länger ausgrenzen*

Auch gründet das kognitive Lernen auf Erfahrung, die Kinder dann in besonderer Weise sammeln können, wenn sie sich in ihrer Unterschiedlichkeit gegenseitig anregen und bereichern. Wer aussortiert und trennt, hindert die Menschen daran,

voneinander zu lernen und die Welt zu gestalten.

Der gemeinsame Unterricht darf nicht an baulichen Hürden wie fehlenden Aufzügen oder Treppentufen scheitern. Behinderte Kinder und Jugendliche dürfen nicht länger ausgegrenzt werden. Die Chance, die das Konjunkturpaket II bietet, muss genutzt werden: „Wenn bei der Sanierung einer Schule jetzt die barrierefreie Umgestaltung versäumt wird, ist das eine verpasste Chance für eine ganze Schülergeneration“, warnte Picker. Als besonders wichtig erachtete der SoVD-Landesvorsitzende, dass allen Schülern, egal ob mit oder ohne Behinderung, die Möglichkeit gegeben wird, in Gemeinschaftssälen oder

*Investition in Bildung heißt auch bauliche Veränderung*

Mahlzeiten zusammen einzunehmen: „Dies würde nicht nur den Integrationsgedanken fördern, sondern unter dem Motto ‚Kein Kind ohne Mahlzeit in Schleswig-Holstein‘ auch die Be-

kämpfung der Kinderarmut einen entscheidenden Schritt voranbringen.“

Dr. Ulrich Hase forderte die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, auf eine nachhaltige Entwicklung zu setzen. Das angekündigte Infrastrukturprogramm sollte gezielte Investitionen für barrierefreie Schulen und Universitäten sowie die barrierefreie Verkehrsraumgestaltung enthalten: „In Bildung investieren heißt auch, sie baulich für alle zugänglich und nutzbar zu machen. Förderung und Verfestigung von Barrieren darf es nicht mehr geben“, betonte er.

Priorität muss der barrierefreien Gestaltung aller Projekte des Konjunkturpakets zukommen. Kinder mit Behinderung können den wohnortnahen Kindergärten und später die Regelschule nicht besuchen, wenn diese Einrichtungen nicht barrierefrei erreichbar und nutzbar sind. Dies bedeutet Ausgrenzung von Anfang an.

Studenten mit Behinderung kön-



**Der Landesvorsitzende des SoVD Schleswig-Holstein Sven Picker (re.) präsentierte gemeinsam mit Dr. Ulrich Hase, dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, die Informationsbroschüre des SoVD zu inklusiver Bildung.**

nen sich ihre Universität nicht nur nach Studieninhalten aussuchen, sie müssen in der Regel erst recherchieren, ob sie die Hochschuleinrichtungen nutzen können. Der Anteil von Studenten mit Behinderung ist

auch aus diesem Grund unterdurchschnittlich. „Was nützt es, wenn ich am Heimatort in den Zug einsteigen kann, aber am Zielort nicht aus dem Zug oder aus dem Bahnhof hinaus komme?“, fragte Hase.

Wenn die Krankenkasse Kosten für Hilfsmittel nicht erstattet

## Nutzen Sie Ihr Recht auf Widerspruch bei Ablehnung der Kostenübernahme!

**Hilfsmittel unterstützen Patienten bei der Rehabilitation – Seh- und Hörhilfen oder auch Rollstühle sind in der Regel unerlässlich. Wer sie benötigt, muss dies bei der gesetzlichen Krankenkasse beantragen. Auch wenn diese ablehnt, ist die Entscheidung nicht endgültig: Gegen diesen Bescheid kann formlos Widerspruch eingelegt werden. Viele Anrufe bei der UPD quer durch Deutschland zeigen jedoch, dass dieses Recht auf Widerspruch noch nicht stark genutzt wird. Dabei stehen die Chancen oft nicht schlecht. Im Folgenden ein Fallbeispiel aus Ludwigshafen.**

Frau S. erhält einen Ablehnungsbescheid ihrer Krankenkasse für die Kostenübernahme des beantragten Elektro-Rollstuhls ihrer behinderten Tochter. Sie kommt in die Beratungsstelle der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) und möchte wissen, was sie dagegen tun kann. Dort erfährt sie, dass sie Widerspruch innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zustellung des Schreibens einlegen kann. Fehlt diesem aber wie in ihrem Fall die Rechtsbehelfsbelehrung, so verlängert sich diese Frist auf ein Jahr.

Frau S. formuliert gegenüber ihrer Kasse den Widerspruch. Die Berater



**Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) bietet bundesweit persönliche wie auch telefonische Beratung an. In den Landesverbänden Berlin-Brandenburg und Niedersachsen ist der SoVD einer der Träger der UPD.**

von der UPD haben ihr empfohlen, diesen gut zu begründen: Warum hätte eine andere Entscheidung getroffen werden müssen? Welche Be-

urteilungen treffen nicht zu? Welche Umstände wurden eventuell vergessen und sollten berücksichtigt werden? Gibt es Gerichtsurteile, mit denen argumentiert werden kann? Hilfreich ist dabei auch eine aktuelle Stellungnahme des behandelnden Arztes.

Frau S. hat Erfolg: Die gesetzliche Krankenkasse nimmt den negativen Bescheid zurück und übernimmt die Kosten für den Elektro-Rollstuhl. Doch auch wenn ein Widerspruch abgelehnt wird, bedeutet dies nicht automatisch, dass Patienten auf ihren Kosten sitzen bleiben. Frau S. hätte in diesem Fall innerhalb eines

Monats Klage beim zuständigen Sozialgericht erheben können.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in einer kostenlosen Patienteninformation, die Sie im Internet unter [www.upd-online.de](http://www.upd-online.de) abrufen können. Das bundesweite Beratungstelefon ist montags bis freitags jeweils von 10 bis 18 Uhr unter der kostenfreien Rufnummer 0800/0117722 erreichbar.



Foto: UPD

**Auch bei einer abgelehnten Kostenübernahme kann sich Hartnäckigkeit lohnen. In jedem Fall sollte man sich rechtzeitig von kompetenter Seite beraten lassen – etwa durch die UPD.**

Anhörung zur Rentenüberleitung

## Anträge umstritten

Die von den Oppositionsfraktionen geforderte verbesserte Altersversorgung für bestimmte, durch das Rentenüberleitungsgesetz benachteiligte ehemalige DDR-Bürger ist unter Experten umstritten. Das wurde während einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales deutlich. Aus Sicht der Deutschen Rentenversicherung ist keine grundsätzliche Benachteiligung der Ost-Rentner zu erkennen. Hingegen würde die Umsetzung der vorgeschlagenen Rechtsänderungen zu einer „verfassungsrechtlich problematische Ungleichbehandlung“ von Ost- und West-Rentnern führen. Auch der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Professor Franz Ruland, lehnte die entsprechenden Anträge ab. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) räumte ein, dass es durchaus „Überführungslücken“ gebe. Diese seien entstanden, da das DDR-Rentenrecht zahlreiche Sonderregelungen für bestimmte Personen- und Berufsgruppen vorsah, die mit dem bundesdeutschen Prinzip der Lohn- und Beitragsbezogenheit der gesetzlichen Rente nicht vereinbar gewesen seien. *hib*

## Buchtipps

### Henning Mankell: Wallander – Der wunde Punkt

Die Figur des Kommissars Kurt Wallander dürfte die populärste Schöpfung des Schriftstellers Henning Mankell sein. Kennzeichnend für die Geschichten um den introvertierten Wallander ist stets eine genaue Schilderung der schwedischen Kleinstadt Ystad und ihrer Bewohner. Diese spezielle und teils etwas düstere Atmosphäre nimmt einen auch in dem neu erschienenen Hörspiel gefangen. Alles spricht für einen Unfall: Ein Pferdezüchter wird zu Tode getrampelt in seinem Stall gefunden. Doch das Konto des Opfers ist geplündert und kurz vor seinem Tod hatte er Kontakt mit einer ominösen Frau, die er über eine Annonce kennengelernt hatte. Da die Verdächtige unauffindbar ist, gibt Wallander als Lockvogel selbst eine Kontaktanzeige auf, um den Mörder zu fassen...



*Henning Mankell: Wallander – Der wunde Punkt. Hörspiel (1 CD, ca. 75 Min.), Der Hörverlag 2009, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86717-202-8.*

**Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges fünf CDs. Schicken Sie eine E-Mail an: [buchtipps@sovd.de](mailto:buchtipps@sovd.de), bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Buchtipps“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.**

Wann und wie müssen Renten besteuert werden?

## Auch für eine Minirente gelten die vollen Freibeträge

„Steuern auf Renten?“ wird nach wie vor ungläubig gefragt, obwohl das Gesetz, mit dem die Besteuerung der gesetzlichen Renten drastisch verschlechtert wurde, bereits mehr als vier Jahre alt ist. Doch spätestens nach der Bundestagswahl werden die Finanzämter durch die Rentenzahlstellen jeder Couleur darüber informiert, welcher Bundesbürger welche Art von Rente in welcher Höhe bezieht. Das kann, so ist vielfach zu hören, zu unangenehmen Briefen und zu Nachzahlungen führen.

Den meisten Rentenbeziehern kann die Angst vor der Steuerklärung jedoch genommen werden. Denn viele Rentner werden von der neuen Steuerpflicht nicht erfasst – wegen ihrer relativ geringen Ren-

tenbezüge, die unterm Strich aber gar nicht so gering sein müssen. Als Faustformel gilt nämlich: Wer ausschließlich eine gesetzliche Rente bezieht, die vor 2006 begonnen hat, der kann davon ausgehen, dass ei-

ne Steuerpflicht besteht, wenn die Rente 1500 Euro (brutto pro Monat) nicht übersteigt. Denn nur die Hälfte einer solchen Rente ist in diesem Fall steuerpflichtig und überschreitet die steuerlichen Freibeträge (die ja auch für Rentner gelten) nicht. Für Verheiratete verdoppelt sich dieser Betrag.

Renten, die nach 2005 begonnen haben, werden möglicherweise eher steuerpflichtig. Bei einem Start ins Rentnerdasein im Jahr 2006 sind bereits 52 Prozent der Rente steuerpflichtig, bei einem Rentenbeginn im Jahr 2007 sind es 54 Prozent, für das folgende Jahr 2008 gelten 56 Prozent und in diesem Jahr beträgt der Anteil schon 58 Prozent. Das heißt: Bei einer spätestens 2005 begonnenen Rente (egal, ob Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente) sind von 1000 Euro nur 500 Euro steuerpflichtig. Eine Rente in Höhe von 1000 Euro, die 2009 erstmals gezahlt wurde oder wird, schlägt mit 580 Euro auf der Pflichtseite zu Buche. Daraus resultiert (wiederum „mit dem großen Daumen“ errechnet), dass die Steuerpflicht nun schon bei einer Monatsrente von etwa 1450 Euro (für Verheiratete: 2900 Euro) einsetzt.

Was nicht heißt, dass nicht auch eine kleinere Rente um Steuern reduziert werden könnte. Dann nämlich, wenn andere steuerpflichtige Einkünfte hinzukommen – etwa der Arbeitsverdienst des Ehepartners, eine Betriebsrente, Zins- oder Mieteinnahmen. Schon aus diesen Gründen ist es (fast) unmöglich, eine pauschale Aussage zu machen, wann denn nun Renten tatsächlich der Steuerpflicht unterliegen und wann nicht. Im Zweifel lohnt es sich, einen Experten der steuerberatenden Berufe einzuschalten oder

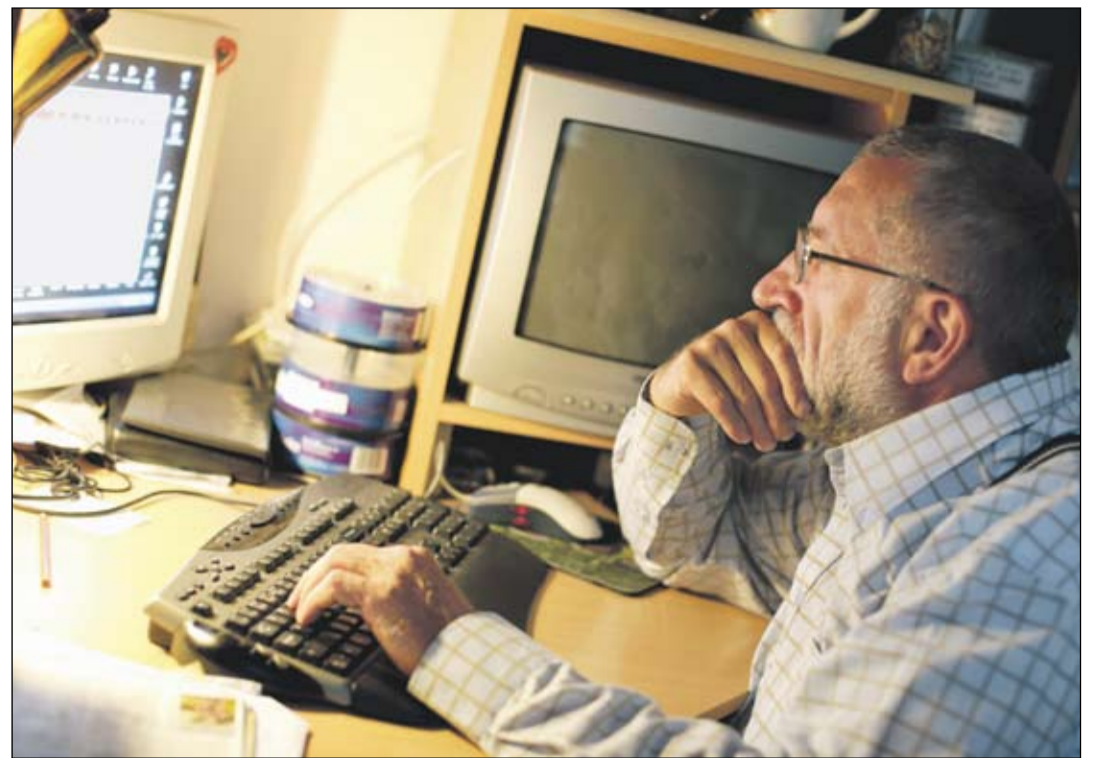


Foto: Horn / MEV

**Rentner können sich die für ihre Steuererklärung nötigen Formulare auch aus dem Internet herunterladen. Im Zweifel lohnt sich unter Umständen der Gang zum Steuerberater.**

sich einem Lohnsteuerhilfeverein anzuschließen. Dies auch mit Blick darauf, dass es eine Reihe von Möglichkeiten gibt, das steuerpflichtige Einkommen zu mindern – zum Beispiel wegen eines Behinderungsgrades, durch Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, zur Haftpflichtversicherung und durch den Alleinerziehenden-Pauschbetrag von 1308 Euro im Jahr.

Was in welcher Höhe dem Finanzamt zu offenbaren ist, ergibt sich aus der „Anlage R“ zum vierseitigen „Mantelbogen“, bei Arbeitneh-

mereinkünften zusätzlich aus der „Anlage N“. Die Formulare gibt es beim Finanzamt. Sie können auch aus dem Internet heruntergeladen werden. Unter [www.finanzamt.de](http://www.finanzamt.de) können Sie das für Sie zuständige Finanzamt auswählen und erhalten dort weitere Informationen. Auch die *Stiftung Warentest* widmet in einem „FINANZtest spezial – Steuern 2009“ mehrere Kapitel der Rentenbesteuerung. Im Buchhandel ist für 12,90 Euro zudem die Spezialbroschüre „Steuererklärung für Rentner 2008/2009“ erhältlich. W.B.



„Ich beziehe nach einem Arbeitsunfall eine gesetzliche Unfallrente. Muss ich die versteuern?“

Nein. Gesetzliche wie private Unfallrenten sind steuerfrei.

„Meine Frau und ich beziehen Rente, sie arbeitet zusätzlich auf 400-Euro-Basis. Wenn das bei ihr im Jahr 3600 Euro (also 300 Euro im Monat) ausmacht, wird das dem steuerpflichtigen Anteil unserer Renten hinzugerechnet?“

Nein. Auch ein 300-Euro-Job wird vom Arbeitgeber pauschal mit 2 Prozent versteuert. Diesen Satz kann er selbst tragen, er darf ihn aber auch Ihrer Frau vom Lohn abziehen. In beiden Fällen ist damit die Steuerpflicht komplett erfüllt und der Verdienst braucht auch nicht in der Steuererklärung angegeben zu werden. Der Arbeitgeber hat daneben noch eine weitere Pauschale in Höhe von 28 Prozent für die Kranken- und Rentenversicherung zu bezahlen, die er endgültig tragen muss, sie also nicht auf Ihre Frau abwälzen darf.

„Ich habe gehört, dass Rentner einen Altersentlastungsbetrag steuerlich geltend machen können. Geht dieser Betrag von der steuerpflichtigen Rente herunter?“

Nein. Der Altersentlastungsbetrag kann zwar auch von Rentnern in Anspruch genommen werden, allerdings nur dann, wenn sie neben der Rente Arbeitsverdienst, selbstständiges Arbeitseinkommen, Zins- oder Mieteinnahmen haben. Im Jahr 2009 beträgt er maximal 1596 Euro. Das gilt bei Eheleuten für beide, sofern sie die Bedingungen (Alter/Nebeneinkünfte) erfüllen.

„Stimmt es, dass meine Privatrente günstiger versteuert wird?“

Ja. Privatrenten sind steuerbegünstigt, weil an der Beitragszahlung kein Arbeitgeber beteiligt war. Hat die private Rente mit 65 Jahren begonnen, so sind nur 18 Prozent davon (180 Euro pro 1000 Euro Rente) steuerpflichtig. Bei einem Rentenbeginn mit 60 Jahren sind es 22 Prozent. Die gesetzlichen Renten sind zu mindestens 50 Prozent steuerpflichtig – je nach dem Jahr des Rentenbeginns.

„Wenn der Mann eine gute Rente bezieht und die Frau in geringer Höhe: Gelten dann die steuerlichen Freibeträge trotzdem „doppelt“?“

Ja. Der steuerliche Grundfreibetrag für ein Ehepaar macht im Jahr 2009 exakt 15 668 Euro aus. Das gilt unabhängig davon, wie sich das gesamte Einkommen auf die beiden Ehepartner verteilt.

„Hat es einen Einfluss auf die Steuerzahlung, wenn ich in einem Eigenheim lebe, das nicht mehr abgezahlt werden muss?“

Nein. Umgekehrt würden auch Aufwendungen für die Abzahlung eines Darlehens das steuerpflichtige Einkommen nicht mindern.



SoVD-Plakette an Bundesgartenschau verliehen

## Auszeichnung für Barrierefreiheit

Die Eröffnungspressekonferenz der Bundesgartenschau (BUGA) am 21. April nahm der Landesverband des SoVD Mecklenburg-Vorpommern zum Anlass, die umfassende barrierefreie Bebauung des Geländes in Schwerin mit der SoVD-Plakette für barrierefreies und behindertengerechtes Bauen auszuzeichnen.



Der Landesvorsitzende Jürgen Weigel wies in seiner Rede darauf hin, dass sich der SoVD für die Belange behinderter Menschen stark mache. Mit der Verleihung der Plakette würdige der Verband die vorbildliche und umfassend barrierefreie Gestaltung des Geländes der BUGA. So wurden nicht nur die baulichen Mindestanfor-

**Jürgen Weigel (li.) nahm die Verleihung der Plakette an die BUGA Schwerin 2009 GmbH vor.**

derungen für einen barrierefreien Zugang erfüllt, sondern weit darüber hinausreichende Erleichterungen für mobilitäts-, aber auch seh- und hörbehinderte Menschen geschaffen. Beispielhaft seien die kostenlose Ausleihmöglichkeit von Rollstühlen bzw. E-Scootern und die in Brailleschrift verfassten Führungshandbücher einschließlich eines taktilen Geländeplans sowie Führungen in Gebärdensprache. Die Ehrung sei Weigel zufolge auch als Dank der Betroffenen an das Haus der Begegnung Schwerin zu verstehen, welches die Durchführung der Bundesgartenschau diesbezüglich begleitet habe.

Sozialpolitische Forderungen zur Bundestagswahl

## So engagiert sich der SoVD: neue Falblätter erhältlich



Die neu erstellten Falblätter des SoVD können ab sofort im Internet heruntergeladen bzw. bei den Landesverbänden bestellt werden.

In der Bundesgeschäftsstelle des Sozialverband Deutschland sind vier neue sozialpolitische Falblätter fertiggestellt worden. In diesen Informationsblättern werden die Forderungen des SoVD für eine solidarische Renten-, Gesundheits-, Pflege- und Behindertenpolitik präzise dargestellt. Die Falblätter sollen vor allem im Bundestagswahljahr 2009 die Initiativen und Aktivitäten in den verschiedenen Gliederungen des SoVD unterstützen. Ihre Titel lauten:

- **Rente ist Lohn für Lebensarbeit und kein Almosen!** Sie haben eine bessere Rentenpolitik verdient! Wir kämpfen für Ihre Rente!
- **Für Selbstbestimmung und Teilhabe!** So engagieren wir uns für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
- **Gleicher Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung!** Krankheit darf in Deutschland kein Armutsrisiko werden!
- **Für eine würdevolle Pflege!** Pflegepolitische Forderungen des SoVD.

Sämtliche Falblätter sowie weitere Broschüren des SoVD stehen im Internet unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) als pdf-Datei kostenlos zur Verfügung. Klicken Sie dort in der linken Menüleiste auf den Punkt „Broschüren“. In begrenztem Umfang können die neuen Materialien auch direkt bei den einzelnen Landesverbänden bestellt werden. Zu inhaltlichen Auskünften sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD-Bundesverband gern bereit.

Traditionelle Veranstaltung in der Meistersingerhalle in Nürnberg

# 47. Begegnungskonzert des SoVD für Menschen mit und ohne Behinderung

Erneut ist es dem SoVD-Bezirk Mittelfranken mit seinem 47. Begegnungskonzert gelungen, die Besucher zu begeistern. In der restlos gefüllten Meistersingerhalle in Nürnberg erlebten die Zuhörer einen Abend mit zahlreichen bekannten Melodien aus Oper, Operette und Musical. Unter den Ehrengästen dieses Abends befand sich auch die Landtagsabgeordnete Petra Guttenberger.

Unter der bewährten Stabführung des Dirigenten Horst Günter Lott wurde von der großen Besetzung des Fürther Kammerorchesters, zusätzlich verstärkt durch die Bläser-

vereinigung der Orchestergemeinschaft Nürnberg und der vielfach ausgezeichneten Chorgemeinschaft Schwaig, ein bunter Melodienreigen geboten.

Musikalische Höhepunkte setzten zusätzlich die Sopranistin Christine Lehner-Belkaied und der Bariton Hubert Gröbel. Beide Künstler glänzten in ihren Solopartien und in den Duetten. In den beiden großen Potpourris aus der Operette „Maske in Blau“ und dem Musical „My Fair Lady“ konnte dann das gesamte Ensemble mit Orchester, Chor und den Solisten sein Können zeigen.

Weitere Glimmerlichter aus dem gut zusammengestellten Programm mit Werken von George Bizet, Giuseppe Verdi, Otto Nicolai, Charles Gounod, Albert Lortzing, Jacques Offenbach, Fred Raymond, Johann Strauß, Franz Lehár und Frederic Loewe waren der berühmte Gefangenchor aus der Oper „Nabucco“ und der Triumphmarsch aus der Oper „Aida“.

Mit reichlichem Applaus bedankten sich die begeisterten und zufriedenen Besucher am Ende der Veranstaltung bei den Künstlern. Lob gebührt gleichfalls den Organisatoren des SoVD-Bezirk Mittelfranken für diesen gelungenen Abend.



Von links: Dr. Josef Haas (1. Landesvorsitzender des SoVD Bayern), Petra Guttenberger (Mitglied des bayerischen Landtages), Rolf Talmon-Gros (Schatzmeister SoVD-Bezirk Mittelfranken) und Gerd Reinhardt (2. Vorsitzender SoVD-Bezirk Mittelfranken).



Die Sopranistin Christine Lehner-Belkaied, eingerahmt von dem Dirigenten Horst Günter Lott (li.) und dem Bariton Hubert Gröbel.

Meravis GmbH vergrößert Wohnungsbestand

## DAWAG wechselt Eigentümer

Die Gewerkschaft ver.di hat ihre Beteiligung an der Wohnungsgesellschaft DAWAG verkauft. Neuer Eigentümer der Deutschen Angestellten-Wohnungsbau-Aktiengesellschaft (DAWAG) mit 6000 Wohnungen ist die Meravis GmbH, deren Gesellschafter der Sozialverband Deutschland (SoVD) ist. Zum Schutz der Mieter und der rund 70 Beschäftigten ist eine Sozialcharta vereinbart worden, die unter anderem betriebsbedingte Kündigungen ausschließt. Meravis vergrößert ihren Bestand nun auf 13000 Wohnungen, wie das Unternehmen in Hannover mitteilte. Für den Sozialverband Deutschland als Gesellschafter sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer: „Der Kauf ist ein Signal, dass der Wohnungsmarkt nicht den ‚Heuschrecken‘ überlassen bleibt, die auf kurzfristige Rendite setzen.“ Es sei sehr wohl möglich, soziale Verträglichkeit und wirtschaftliche Erwägungen miteinander in Einklang zu bringen.

### Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

E-Roller, 20 km, aus gesundheitlichen Gründen zu verkaufen, Neuwert 1.090,- €, 2002, Preis VB ☎ 053 71 / 557 31

Pfalz/Saar, Rentner 62/170/85 wünscht sich aufgeschlossene Freundin ☎ Chiffre 2025

Reise-E-Mobil Mobigo 7, Reichweite 12 km, 6 km/h, klappbar, schwarz, neuwertig 950,- € ☎ 040 / 55 66 359

**Treppenlifte**  
neu und gebraucht  
Qualität zu günstigen Preisen.  
Kostenloses Angebot: 0,09 EUR/min  
Tel. 0180 - 35 36 37 1  
Ihr regionaler Partner in:  
Hamburg  
Schwerin  
Bremen  
Hannover  
Bielefeld  
Dortmund  
Köln  
Frankfurt  
Stuttgart  
Augsburg  
Weserstr. 24  
27283 Verden  
www.treppenlift-discount.de

**IN RUHE GESUCHT,  
DAS BESTE GEFUNDEN,  
IN DER  
SoVD-ZEITUNG!**

**Ihr Bruch**  
Spranzband - 60  
Ohne Feder, ohne Schenkellriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.  
Ausschn. u. einsenden - Prosp. 30 gratis  
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen  
www.spranzband.de

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ 051 08 / 92 54 96

**VITAL Elektromobile**  
Hersteller  
TUV  
Reichweiten bis zu 100km  
6 bis 15km/h  
Führerscheinfrei  
ab 1.490€  
\*Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell  
Kostenlosen Prospekt anfordern!  
Tel. 02351/953060  
EAT Gundermann GmbH SoVD  
Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheid

Bungalow - ebenerdig u. barrierefrei - In Kirburg (nahe Bad Marienberg), Westerwald, zu verk. Bj. 1979, Satteldach, 4 Zim., Große 84m², Grundst. 700m², Garage, Nachtspeicher, Preis: 119.000 € Kontakt: Rolf Wovewreit · Passmannweg 20 44149 Dortmund

**Männer über 50**  
...die wissen, was sie in einer befriedigten Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees, denn Liebe ist keine Frage des Alters. Mit Rinderhodenpulver zur Stärkung ohne Nebenwirkung.  
1 Packung € 28,- inkl. Versandkosten.  
Jetzt bestellen - erst in 14 Tagen bezahlen.  
Otto Blocherer · Abt. 1 · Friedensstraße 4  
Tel. 08 21 / 43 45 57 · 86391 Stadtbergen

**ABEG Treppenlift GmbH**  
Hier erhalten Sie alle Informationen über Treppenlifte/Plattformlifte, bundesweit, kostenlos und unverbindlich!  
www.abeg-treppenlift-gmbh.de  
☎ 0800 / 399 80 30  
0,0 Cent/min.  
Kooperationspartner des SoVD Sozialverband Deutschland

Treppenlifte ab 2.500,- €  
Elektromobile ab 1.498,- €  
0 50 53 / 12 28  
www.treppenliftservice.de

Ferienhaus am Bade- und Angelsee, Nähe Schwerin, 60m², ruhig gelegen, mit Bootssteg und Ruderboot. Vermieten - Verpachten - Verkaufen, VB ☎ 040 / 733 09 27

**BITTE BERÜCKSICHTIGEN SIE  
DIE INSERENTEN UNSERER  
SoVD-ZEITUNG!**

### An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen - Keine gewerblichen Anzeigen  
An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpsswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname \_\_\_\_\_  
Straße und Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt \_\_\_\_\_ in: \_\_\_\_\_  
Bankleitzahl \_\_\_\_\_  
Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_  
Der Text meiner Anzeige: \_\_\_\_\_ Ausgabe \_\_\_\_\_

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro	incl. 19% MwSt.
3 Zeilen = 17,85 Euro	incl. 19% MwSt.
4 Zeilen = 23,80 Euro	incl. 19% MwSt.
5 Zeilen = 29,75 Euro	incl. 19% MwSt.
je weitere Zeile = 5,95 Euro	incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

**Antworten auf  
Chiffre-Anzeigen  
unter Angabe der  
Chiffre-Nr. an:  
Anzeigen-Verwaltung  
U. Struckmeyer  
Postfach 12 66  
27723 Worpsswede**

**Anzeigenverwaltung  
SoVD Zeitung**  
U. Struckmeyer  
Postfach 12 66 · D-27723 Worpsswede  
Tel.: 0 47 92 / 22 16 · Fax: 0 47 92 / 35 30  
E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de



Schutz vor unnötigem Ärger im Urlaub

## Wie sinnvoll ist eine Reisegepäckversicherung?

Mit den nahenden Sommertagen beginnt auch wieder die Feriensaison – die schönste Zeit des Jahres. Zumindest soll sie das für Erholungssuchende werden. Urlauber sollten jedoch gründlich abwägen, ob sie eine Reisegepäckversicherung brauchen, da diese vergleichsweise teuer ist und nur unter strengen Auflagen Ersatz leistet. Wie streng die Regeln sind, das zeigen die zu diesem Thema gefällten Urteile.

### Am Flughafen

Einem Urlauber, dem an einem Flughafen das Gepäck gestohlen worden war, wurde der Reisegepäckversicherungs-Schutz gestrichen, weil er den Diebstahl nicht „unverzüglich“ gemeldet hatte. Er informierte nämlich die Airline sowie seinen Reisegepäckversicherer erst am folgenden Tag über den Diebstahl – und das lediglich telefonisch. Das Amtsgericht München sah darin eine grobe Fahrlässigkeit, die den Versicherer leistungsfrei mache. Das Gericht folgte damit den Argumenten der Versicherung, die geltend machte, ein berechtigtes Interesse an der sofortigen Verlustmeldung zu haben, da „die psychologische Hemmschwelle, einen fingierten Gepäckverlust zu melden, weit höher ist, wenn man das angeblich abhanden gekommene Gepäckstück bereits ‚zur Seite geschafft‘ hat und anschließend persönlich den Schalter aufsuchen muss, um den vorgetäuschten Verlust zu melden, als bei nachträglich

telefonischer Anzeige“ (AZ: 223 C 17445/07).

### Vor der Abfahrt

Ein Reisewilliger packte seinen Wagen, um damit in den Urlaub zu fahren, und ging, nachdem alle Koffer verstaut waren, in die Wohnung zurück. Er hielt sich dort zwei Stunden auf. Als er zurückkam, stellte er fest, dass das Auto von Dieben ausgeräumt worden war. Die Reisegepäckversicherung verweigerte ihm den Schadenersatz. Zu Recht, wie das Amtsgericht Cottbus feststellte. Der Schutz greife erst nach Antritt der Reise (AZ: 40 C 44/04).

### Im Flieger

„In persönlichem Gewahrsam“ hat ein Reisender sein Notebook nicht, wenn er dieses in einem Rucksack verstaut und in der Gepäckablage des Flugzeugs ablegt, dann jedoch einschläft. Wird es nämlich während des Nickerchens gestohlen, so braucht die Reisegepäckversicherung den Schaden wegen

grober Fahrlässigkeit nicht zu ersetzen. Denn ein Zugriff kann in solchen Fällen nicht sofort bemerkt und gegebenenfalls abgewehrt werden. Hier kam hinzu, dass auch die Begleiterin des Versicherten dem Urlaubsziel schlafend entgegenstrebte (Amtsgericht Köln, AZ: 120 C 163/07).

### Vor Ort

Touristen handeln grob fahrlässig und haben keinen Anspruch auf Leistungen aus ihrer Reisegepäckversicherung, wenn sie am frühen Morgen einen zwei Kilometer langen Fußweg zum Bahnhof einer Großstadt in Südafrika machen und dabei überfallen werden. Sie hätten sich, so das Amtsgericht Berlin-Mit-



Foto: cockenmitte/photocase

„Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erleben.“ Wer auf negative Erlebnisse in seinem Urlaub verzichten möchte, sollte vor allem seine Koffer im Auge behalten. Bei grober Fahrlässigkeit leistet selbst eine abgeschlossene Reisegepäckversicherung keinen Ersatz.

te, ein Taxi leisten sollen (AZ: 16 C 513/04).

Stellt eine Frau ihre Handtasche mit 1500 Euro Bargeld in einem vollen Restaurant in Barcelona zwischen ihre Beine, so kann sie von ihrer Reisegepäckversicherung keinen Ersatz verlangen, wenn das gute Stück gestohlen wird. Dies gilt selbst für den Fall, dass sie den Taschenhenkel mit einem Schuh „gesichert“ hatte. Das Amtsgericht München hielt ihr Verhalten dennoch für grob fahrlässig – zumal sie sich in einer südländischen Großstadt aufhielt (AZ: 231 C 27511/06).

Ergibt sich aus den Bedingungen einer Reisegepäckversicherung, dass im Falle eines Diebstahls die ausländische Polizei über den Tat hergang und die gestohlenen Gegenstände genau zu informieren ist, so muss die Assekuranz den Schaden wegen Verletzung der Obliegenheitspflicht dann nicht begleichen, wenn ein bestohlener Urlauber ge-

genüber den Behörden am Ferienort nur pauschale Angaben macht und keine detaillierte Stehgutliste einreicht (Oberlandesgericht Köln, AZ: 9 U 54/04).

### Im Zug

Ein Zugreisender, dem das Gepäck auf einer Fahrt von Halle nach Weimar gestohlen wurde, ging ebenfalls leer aus. Er hatte die Koffer neben den Sitzen abgestellt, so dass er sie ständig im Blick hatte. Dennoch kamen die Koffer „irgendwo auf der Fahrt“ abhanden. Die Reisegepäckversicherung verweigerte die Zahlung (hier ging es um insgesamt 2500 Euro) wegen grober Fahrlässigkeit – und bekam vom Amtsgericht München recht. Der Reisende gab nämlich an, dass er zwischenzeitlich „kurz“ eingeknickt war. Dabei habe es sich dann eben nicht mehr – wie von ihm behauptet – nur um ein „leicht fahrlässiges Augenblicksversagen“ gehandelt (AZ: 155 C 12509/04).

W. B. &amp; M. H.

SoVD-Erholungszentrum Brilon

## Tagungsräume für jede Gelegenheit

„Tagen in Brilon. Ihre Ziele bestimmen den Ablauf!“ Unter diesem Motto präsentiert sich das Erholungszentrum Brilon auch als Tagungszentrum im Hochsauerland. Ob Sie eine Arbeitstagung im Kreis- oder Bezirksverband oder eine Festveranstaltung mit Ihrem Ortsverband planen – das SoVD-Erholungszentrum Brilon erfüllt alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Veranstaltung.

Insgesamt vier attraktive Tagungsräume (Panoramablick, Raum Düsselndorf, Raum Brilon und der Festsaal) bieten Möglichkeiten für Schulungen und Feiern für 17 bis 140 Personen. Die Räume sind mit innovativer Technik ausgestattet. Den Gästen stehen komfortable Zimmer zur Verfügung. Professioneller Service mit individueller Betreuung in persönlichem Flair ist im Tagungszentrum selbstverständlich. Nach einem arbeitsreichen Tag bietet das Haus selbstverständlich auch viel-



Foto: Sprenger

Auch technisch auf dem neuesten Stand: Das Erholungszentrum Brilon bietet Räume für Tagungen und Feste mit professionellem Service.

fältige Möglichkeiten der Entspannung: Sei es im Hallenbad, in der Sauna, auf der Kegelbahn, in der Bierklausur oder bei einem Spaziergang im Kurpark.

Wenn Ihnen das Haus, eingebettet in den großzügigen Kurpark der alten Hansestadt, zusagt, setzen Sie sich mit den Mitarbeitern in Verbindung: SoVD-Erholungszentrum Brilon, Hellehohlweg 40, 599929 Brilon, Tel.: 02961/9830. Unter [www.ehz-brilon.de](http://www.ehz-brilon.de) erhalten Sie auch den aktuellen Tagungsprospekt.

Motorradfahrt des Kreisverbands Celle

## SoVD-Biker auf Deutschlandtour



Am 26. Mai starteten die SoVD-Biker des Kreisverbands Celle vor dem Sozialberatungszentrum ihre Deutschlandtour. Die begeisterten Biker freuten sich schon seit Monaten auf ihre Tour, die sie durch zahlreiche Bundesländer führt und am 31. Mai wieder in Celle endet.

Der Kreisverband Celle des Sozialverband Deutschland bietet seinen über 9000 Mitgliedern neben einer kompetenten Beratung sowie einer Vertretung in sozialrechtlichen Fragen auch eine Vielzahl von Freizeitmöglichkeiten. So werden unter anderem regelmäßige Tagesfahrten per Motorrad organisiert. Höhepunkt im laufenden Jahr ist die Deutschlandtour.

## CD-Tipp

### Piotr Anderszewski at Carnegie Hall

Piotr Anderszewski ist ein junger Pianist, der bereits als bester Instrumentalist (Royal Philharmonic Society, 2001) ausgezeichnet wurde und unter anderem den Deutschen Musikpreis Echo Klassik als Nachwuchskünstler 2002 erhielt. Seinen ersten Klavierunterricht erhielt der Ausnahmemusiker bereits im Alter von sechs Jahren. Für einiges Aufsehen sorgte sein Auftritt im Rahmen eines Klavierwettbewerbs,

bei dem er seine Darbietung im Halbfinale allein deshalb abbrach, weil er mit seiner eigenen Leistung nicht zufrieden war. Derartige Exzentritäten erlaubte er sich bei seinem Auftritt in der legendären New Yorker Carnegie Hall nicht. Im Gegenteil: Seine Interpretationen der Stücke von Johann Sebastian Bach, Robert Schumann, Leoš Janáček und Ludwig van Beethoven überzeugten Publikum und Kritiker gleichermaßen. So bescheinigte ihm etwa ein Journalist der Chicago Sun Times, mit seinen Aufführungen „auf die Essenz der Absichten des Komponisten“ gestoßen zu sein. Der Livemitschnitt dieses Konzerts ist nun auf CD erschienen und ermöglicht es somit jedem Klassikinteressierten, an diesem Ereignis teilzuhaben.

Piotr Anderszewski at Carnegie Hall (2 CD), Virgin/EMI 2009, ASIN: B0020SPOR4.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges drei Exemplare. Schicken Sie einfach eine E-Mail an: [redaktion@sovd.de](mailto:redaktion@sovd.de), bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „CD-Tipp“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.



## Schulden sind keine Schande mehr!

Man könnte manchmal meinen, die Geldinstitute wollten ihr Geld unbedingt loswerden: „Bargeld sofort – ohne Bonitäts-Prüfung!“ So oder ähnlich lauten zahlreiche Inserate. Doch Vorsicht! Hier gilt: Finger weg! Denn ein seriöser Geldverleiher wird immer darauf achten, dass Sie wirtschaftlich in der Lage sind, den aufgenommenen Kredit auch zurückzahlen. Derartige Versprechungen sind ansonsten unrealistisch und enden damit, dass Sie hinterher mehr Schulden haben als vorher. Und damit wäre niemandem geholfen. Insofern sollten Sie Ihre Bonität schon aus Eigeninteresse mit der gleichen Sorg-



Ingeborg Saffe

falt überprüfen. Haben sich bereits Verbindlichkeiten angehäuft, die Sie selbst nicht mehr bewältigen können, lassen Sie keine kostbare Zeit verstreichen: Wenden Sie sich

so schnell wie möglich an eine gemeinnützige Schuldnerberatung. Diese werden von der Arbeiterwohlfahrt, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Diakonischen Werk oder auch der Caritas bundesweit angeboten. Noch eine dringende Bitte: Ignorieren Sie einen erhaltenen Mahnbescheid in keinem Fall! Unabhängig davon, ob die Forderung berechtigt ist oder nicht, riskieren Sie, bereits nach zwei Wochen einen Vollstreckungsbescheid zu erhalten.

Eine letzte Anmerkung: Schulden zu haben ist heute keine Schande mehr. Stecken Sie also bei Geldsorgen nicht den Kopf in den Sand – suchen Sie sich Hilfe!

## Tag der Senioren in Soltau

Das Heide-Park Resort in Soltau lädt zu seinem beliebten „Tag der Senioren“ am 10. September ein. Gruppen ab 20 Personen erhalten einen ganz speziellen Eintritt. Pro Person werden nur 10 Euro berechnet. Kaffeetrinken und Mittagessen können preiswert dazugebucht werden. Auf die Seniorinnen und Senioren wartet ein reichhaltiges Angebot im größten Abenteuerland Deutschlands. Die Parkeisenbahnen laden zu gemütlichen Fahrten durch die herrliche Landschaft ein; viele Fahrgeschäfte sind auch für die älteren Besucher des Parks geeignet. Immer wieder gibt es Ruhezeiten, Parkbänke und gemütliche Restaurants zum Verweilen. Einmal mit dem Aussichtsturm auf 75 Meter Höhe fahren und bis zum Wilseder Berg, der höchsten Erhebung der Lüneburger Heide, zu schauen, gehört ebenso zum Programm wie der Besuch der Shows, die der Heide-Park seinen Gästen anbietet. Auch für Seniorinnen und Senioren des Sozialverband Deutschland, die allein an diesem Tag den Park besuchen möchten, also nicht per Gruppe anreisen, bietet der Park als neuer Kooperationspartner Sonderkonditionen an. Ein besonderes Erlebnis ist eine Übernachtung im Piratenhotel „Port Royal“ direkt neben dem Heide-Park. Eines der Highlights ist die Hotelshow, die an jedem Abend stattfindet. Der Heide-Park bittet alle interessierten Gruppen, sich unter dem Stichwort „Tag der Senioren“ bis spätestens 1. September für diese Veranstaltung anzumelden. Weitere Informationen: Heide-Park Resort, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Klaus Müller, Tel.: 05191/91248, E-Mail: klaus.mueller@heide-park.de

Dresden: FeWo, 50m<sup>2</sup> im Grünen, 2 DZ, ruhig, Stadtnähe, 18,- € pro Person. 03 51/2 69 02 32 - www.ferienwohnung-leuthold.de

Bad Kreuznach, FeWo am Kurpark, Wäsche incl., TV, 35m<sup>2</sup>, € 45,-, ab 3 Ü. € 35,-. Woche Pauschal 7 Übern. € 210,- 06 71 / 31 606

## Rhein / Mosel

**Urlaub am Rhein im Tal der Loreley**  
 In unserem familiär geführten Hotel fühlen Sie sich wie zu Hause!  
 Ruhige Lage, 100 Betten. Moderne Zimmer, alle mit Du/WC, TV, Radio, teilweise Balkon. Reichlich und gute Verpflegung. Neuer Wellnesbereich mit 2 Saunen, 2 Whirlpools, Solarium. Lift u. Außenlift. Musik, Unterhaltung, Tanz sowie Dia-Vorträge im Hause.  
**Sonderpreis für Gruppen: HP bei Aufenthalt ab 4 Tagen: 35,- €**, EZ-Zuschlag 8,- €. Abwechslungsreiches Aulungsprogramm und Reiseleitung. Bitte Prospekt anfordern.  
**Hotel-Restaurant Wagner, 56341 Kamp-Bornhofen/Rhein**  
 Tel. 0 67 73 / 3 16, privat 12 19 oder 7819, Fax 72 79

SCHÖNEN URLAUB WÜNSCHT DAS SOVD-TEAM

FeWo\*\*\*\*, Mosel, b. Cochem, 4 Pers. ab 25,- €, z.T. behindertenfrdl., Telefon und Sat-TV, Grill, Liegewiese, ideale Wandermöglichkeit, Bahnst. 0 65 42 / 24 98 - www.fewo-kroeger.de

MITTELMOSEL\*\*\* Üf ab 1750 €  
 www.haussibylle.de, Kröver Straße 25, D-54538 Kinheim 0 65 32 / 25 92, Fax 95 45 03

**Junger Geist in historischem Gemäuer**  
 Sparpr.: 5xHP205,-/7xHP287,-/3xHP144,-/Grup.-Prosp.anf.  
 \*\*\* Deutscherherrenhof (0 65 32) 935-0, Fax 935-199  
 54492 Zellingen-Rachtig (www.Deutscherherrenhof.de)

**Urlaub direkt an der Mosel**  
 \* Schwimmbad & Panorama-Sauna \* Lift \*  
 Fam. gef. Hotel bei Bernkastel-Kues (5 km) 90 B., Du/WC/TV, Moselterrasse, Liegewiese, Kegelbahn. Zentral gelegen für Wander-/Radtouren u. herrl. Ausflüge: z.B. Trier (35 km), Luxemburg (60 km).  
 Sparpreise ab: 5x HP 209 € - 7x HP 279 €  
 www.hotel-winzerverein.de  
 54492 Zellingen/Mosel - Tel. 06532/2321 - Fax 1748

## Sauerland

**Zum Urlaub ins Hochsauerland**  
 Nähe Willingen, Winterberg, Medebach, frendl. Z.  
 Tel. 0 29 82 / 6 50 www.bauernhofpension.de

## Westerwald

**Hotel Rückert**  
 Ankommen. Abschalten. Aufleben.  
 Herrliche Gegend zum Wandern, schöne Ausflugsziele  
 Übernachtung/HP 36,- € pro Person/DZ, EZ 39,- €  
 Erbacher Straße 8 - 57647 Nistertal/Ww.  
 Tel. 0 26 61 - 24 24 - www.hotel-rueckert.de

## Teutoburger Wald

Bad Salzuflen, Kurparknähe  
**Haus Germania**  
 EZ 32-4750 €, DZ 29-45,50 €  
 Bitte erfragen Sie unsere Sonderangebote für die Nachsaison  
 Ihre Familie Mallnitz ☎ 0 52 22 / 1 24 53  
 www.hausgermania.de

hrtes Traditionshotel mit 3-Sterne Komfort im Thüringer Wald  
*Seniorenbewährt*

### ZUR GUTEN QUELLE

98599 Brotterode/Thüringen • Schmalkalder Strasse 27  
 ☎ 036840/340 • Fax 036840/34111 • www.hotel-quelle.de  
 44 Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Kabel-TV. Ruhige, zentrale Lage. Barrierefreier Eingang, Lift, behindertengerechtes Zimmer. Thüringer Küche + **Gruppenräume** + **Gruppenermäßigungen**. Sauna, Solarium, Fitnessraum, Kegelbahn, gepflegte Außenanlage mit Gartenlokal. Guter Ausgangspunkt zu den Sehenswürdigkeiten Thüringens.

**Attraktive Gruppenpreise!**  
 Ü/HP ab 39,- € p.P. im DZ

*Eingelreisende Übern. inkl. HP + Fitness + Kneippanlage € 47 p.P. im DZ*